

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Pf. Best- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinsereate werden nicht aufgenommen.

Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum
Druck und Verlag von H. Gansmann & Co., Bochum, Wilmshausenstraße 38-42.
Telephon-Nr.: Nordland 88, Expedition 89. Telegramm-Adresse: Mittelb. und Bochum.

Friedrich von Isenburg.*)

Wer sind die Schläfer im wilden Tann,
Das Haar zerzaust und die Wange bleich?
Graf Friedrich ist es und sein Dienstmann,
Der Rinkerode, dem Hagen gleich. —

Dem Hagen gleich an trotzigem Mut,
Und auch an Stärke und Hundetreu —
Der die Hand getaucht in des Bischofs Blut
Zuerst, und dann ihn geschlagen neu. —

Doch Rache folget der Freveltat,
Die Kölner brachen das feste Schloß;
Nun flüchten beide auf ihrem Pfad
Verborgen, der Graf und sein Genosß.

Ein Jahr und länger schon irren sie
Durch die Wäldernacht, durch Wind und Sturm!
Geächtet, gebannt — unter Obdach nie,
Und innen nagt der Gewissenswurm. —

Wo der Wolf sich birgt, wo der Eber hauft,
Nur fern, ganz fern von den Menschen weit,
Das Wams zerrissen, das Haar zerzaust,
So wandern die beiden in Not und Leid. —

Nun sind sie, erliegend der Elendsqual,
Dahingefunken zur kurzen Raft,
Doch hält die Saufst auch im Schlaf den Stahl;
Den treuen, zu Kampf und Wehr umfaßt. —

Noch hoffen die beiden auf Brabant,
Wo Freunde wohnen, auf Leidenschloß.
Umsonst — der Bogen ist schon gespannt,
Der sie niederstreckt mit dem Racheschuß. —

Schon reckt ihr Haupt die Natter, Verrat,
Hier frommt nicht Zögern, hier frommt nicht Eil —
Graf Friedrich, für deine Freveltat
Bist du verfallen dem Henkerbeil. —

In der Gier nach Gold, um schönen Sold
Schleicht sich der Judas an dich heran —
Schon seh' ich die Raben, das Rad, das rollt,
Auf das du geflochten, unjeller Mann. —

Gnade oder Ungnade der Willkür und Laune der Grubenherren und ihrer Beamten überantwortet. Der Arbeiter hat auf die Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen fast gar keinen Einfluß. Daß er unter diesen Umständen nicht den berechtigten Anteil am Ertrage seiner Arbeit erhält, versteht sich am Munde. Aber das ist ja auch der Zweck der Lehnung. Darum halten die Grubenherren so krampfhaft an dem für sie so vorteilhaften Zustand fest und wehren sich mit Klauen und Zähnen gegen die Einführung von Tarifverträgen, wodurch den Arbeitern, wenn auch in recht beschränktem Maße ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gesichert werden soll. Das ergibt sich auch aus folgendem Artikel, der vom Deutschen Braunkohlenindustrieverein unterm 19. April an die Presse gesandt wurde und seinen Weg durch die ganze Scharfmacherpresse nahm:

Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau spitzt sich mehr und mehr zu. So sind unter den Belegschaften der Braunkohlenbergwerke bereits Kündigungsstellen verteilt worden, die am 31. d. M. eingereicht werden sollen. Wenn die Vergarbeiterführer die Belegschaften der Braunkohlenwerke jetzt zu einer Arbeitseinstellung aufwiegen, so treiben sie ein geradezu skizvolles Spiel. In der Ablehnung des eingereichten Tarifvertrages halten alle Braunkohlenwerke im Königreich Sachsen, in Sachsen-Altenburg, in der Provinz Sachsen und in Braunschweig einmütig zusammen. Der Beschloß steht auch der gesamte deutsche Bergbau in der unbedingten Ablehnung des Lohnvertrages auf ihrer Seite. Der Kampf würde von den Arbeitern unter sehr ungünstigen Bedingungen aufgenommen werden. Neben den großen Braunkohlenvorräten im Gebiet der Lohnbewegung lagern geradezu riesenhafte Vorräte in der Rückverkauf, trotzdem schon seit vielen Monaten dort mit einer 10prozentigen Höhererzeugung gearbeitet wird. Am 1. Januar waren nicht weniger als 314 000 T. und am 1. April nicht weniger als 423 700 T. Vorräte allein bei den Sinterfabriken gespeichert. Diese Mengen würden natürlich sofort als Ersatzlieferungen herausgegeben werden, wenn es zum Auslande kommen sollte, sie könnten noch ganz erheblich vergrößert werden, wenn die Einschränkung aufgehoben würde. Ferner sind die Braunkohlenwerke im Auslande beliebt heute besser als früher gegen die Folgen eines Streikes geschützt, denn die Zahl der Tagebauten, aus denen mit ungelerten Arbeitern leicht große Kohlenmengen gewonnen werden können, ist beträchtlich gestiegen.

Es ist wirklich schon ein starkes Stück, wenn Leute, die ihren Arbeitern nicht das geringste Mitbestimmungsrecht einräumen wollen; davon reden, daß die Vergarbeiterführer die Belegschaften aufwiegen und ein geradezu skizvolles Spiel treiben. Daß sich die gesamten deutschen Scharfmacher nicht nur im Bergbau da einig sind, ist uns bekannt. Aber auch diese Kreise mögen an das Schillerwort denken: „Eine Grenze hat Tyrannenmacht!“

Mit dem Hinweis auf die „riesenhafte“ Vorräte und die ungelerten Streikbrecher, welche in Tagebauten beschäftigt werden können, lassen sich die Arbeiter nicht schrecken. Die Arbeiter wünschen keinen Kampf sondern erstreben den Frieden. Wenn aber die Grubenherren die zum Frieden gereichte Hand in wahrhaftigem Herrenübermut schroff zurückziehen, bleibt den Arbeitern als letztes Mittel der Notwehr allerdings nur der Kampf übrig. Die Verantwortung dafür aber trifft mit voller Wucht dann nur die Vergarherren.

Die Scharfmacher erhalten aber Unterstützung von einer Seite, von der man es am wenigsten erwarten sollte. „Der Arbeiter“, das Organ der katholischen Facharbeiter (Sitz Berlin), schreibt in Nr. 18 vom 30. April:

Wir sind gewiß gerne bereit, für die Interessen der Vergarbeiter mit aller Entschiedenheit einzutreten, aber wie tatsächlich die Verhältnisse liegen, hat die ganze vom sozialdemokratischen Verband eingeleitete Bewegung den Anschein, als ob es sich lediglich um einen Gimpelfang, d. h. um die Gewinnung möglichst vieler neuer Mitglieder für den sozialdemokratischen Verband und seine Kassen handelte.

Man beachte: Der Gewerksverein christlicher Vergarbeiter ist an der Tarifbewegung mit beteiligt, trotzdem schämt sich „Der Arbeiter“ nicht, derartiges zu schreiben. Im Saarebevier arbeiten in einer Lohnbewegung. Der Fiskus hat bisher jedes Entgegenkommen abgelehnt. Was würde „Der Arbeiter“ sagen, wenn wir jetzt schreiben würden:

„Die ganze vom Gewerksverein und den katholischen Fachabteilungen im Saarebevier eingeleitete Bewegung hat den Anschein, als ob es sich lediglich um einen Gimpelfang, d. h. um die Gewinnung vieler neuer Mitglieder für die katholischen Fachabteilungen und ihre Kassen handelte.“

Wir möchten den „Arbeiter“ im Interesse der Religion der Liebe, die er zu vertreten vorgibt, bitten, andere Wege zu wandeln und sich seiner verfehlten Schreibweise zu schämen. Neben dem Abgeordneten Giesberts und der „christlichen“ „Baugewerkschaft“ macht auch der „Vergknappe“ in Scharfmacherei. Beim Streik in Oberbayern schrieb der „Vergknappe“ vom 17. Dezember 1910:

„In Gausham ist die Sache sehr kritisch. Einige unserer Mitglieder wurden schon verhaften, Schimpfwörter wie: „Schwarze Lumpen“, „Hunde“ usw. sind an der Tagesordnung. Wir bekommen in ganz Gausham kein Wort mehr, weil sich die Wirte vor dem Terrorismus der Not fürchten.“

Durch den dort anwesenden Streikleiter des Verbandes, sowie durch die dem Streik vollständig fernstehenden Zeitungen, wie: „Münchener Neueste Nachrichten“, „Augsburger Abendzeitung“, „Miesbacher Tageblatt“ usw. konnten wir feststellen, daß die ganze „Vergknappe“notiz erlogen war. Kein wahres Wort war daran. Der „Vergknappe“ ist aufgefordert worden, sie zurückzunehmen. Das tat er nicht, er schickte sich aus. Es kommt aber noch besser. Der Gewerksvereinsvorstand ist durch die Streiks auf Beche Lukas und in Oberbayern dahinter gekommen, daß seine Mitglieder der Parole, Streikbrecher zu werden, nicht Folge leisten. Bei den Streiks auf den Bechen Glüdauf-Seegen und Vergmann forderte die Gewerksvereinsleitung nun nicht mehr zum Streikbrech auf, sondern beteiligte sich am Streik, man höre aber mit welcher Begründung. Der „Vergknappe“ vom 1. April d. J. schreibt hierzu:

„Gegenüber dem etwas unklaren Verichten bürgerlicher Blätter sei festgestellt, daß Finge sowohl als auch Tebrügge deutlich erklärten, daß es für den Gewerksverein auf Glüdauf-Seegen keinen Streik gebe, daß allerdings die Mitglieder des Gewerksvereins seitens ihrer Leitung nicht gezwungen würden, die Arbeit aufzunehmen, aus dem einfachen Grunde, weil das ohne Gefahr für Leben und Gesundheit nicht möglich sei.“

Die Stellen, welche wir hervorgehoben haben, stehen auch im Original dick und fett gedruckt. Auf der ganzen Seite befindet sich sonst kein Fettdruck, nur diese wenigen Zeile, sodas sie sofort auffallen.

Die Scharfmacher liehen sich diesen fetten Sappen, wie vor, auszuweisen war, nicht entgehen; ihre Presse schrieb:

„Die 21 christlich organisierten Arbeiter streiken, weil sie Zeit und Leben schüben wollen. Diese Feststellung ist nicht getroffen von „Scharfmachern“ und „Unternehmern“ sondern von dem Organ des Gewerksvereins christlicher Vergarbeiter.“

Und das schlaueste Scharfmacherorgan, „Die Post“ vom 27. April, schrieb:

„Teilnahme am Ausstand aus Angst ums Leben. Bei dem Klassenkampf auf Beche Glüdauf-Seegen zu Hörde nahmen 21 christliche Gewerksvereiner aus Angst um demselben teil. Zur Entschuldigung derselben machte der christliche Gewerksverein bekannt: „Die christlichen Vergarbeiter erklären deutlich, daß es für den Gewerksverein auf Glüdauf-Seegen keinen Streik gebe, daß allerdings die Mitglieder des Gewerksvereins seitens ihrer Leitung nicht gezwungen würden, die Arbeit aufzunehmen, aus dem einfachen Grunde, weil das ohne Gefahr für Leben und Gesundheit nicht möglich sei.“ Das sind nicht mehr die Zustände eines Hochstaates, sondern diejenigen des Gewaltstaates, in welchem die unterste Volksschicht die Gewalt ausübt.“

Was sagt der „Vergknappe“ zu diesen „Erfolgen“? Was würde er sagen, wenn wir über die Streiks in Dünze (Vohring) und Meggen (Saarland) uns zu solchen Leistungen vertriegen hätten? Monnen nicht auch bei christlichen Streiks Meinungen mit den Arbeitswilligen und den Gendarmen vor? Waren nicht auch in Meggen, wo nur christliche und hirschgundische Vergarbeiter in Frage kamen, während des Streiks neun und mehr Gendarmen stationiert, um die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten? Sagte nicht der Vertreter der dortigen Vergarbehörde, Herr Vergar H a s s, am 1. April d. J. als Zeuge vor der Strafkammer in Duisburg:

„Der Streik ist nur infolge der Verhöhnung entstanden, früher waren die Arbeiter zufriedener. Ich habe gesehen, welche Not und welches Elend infolge dieses neuen durch die verheerende Agitation hervorgerufenen Streiks in jener Gegend herbeigeführt ist. Die Sache ist zu einem großen Unheil ausgeartet. Verantw. werden beschimpft und mit Steinen beworfen, alles infolge der verheerenden Agitation.“

Ist es bei dem Streik in Dünze, bei dem nur christliche Arbeiter in Frage kommen, nicht auch zu Meinungen zwischen Arbeitswilligen und Gendarmen gekommen? Das muß doch wohl der Fall gewesen sein, denn die liberale „Vohringbürger-Zeitung“ vom 19. April berichtet:

Dünze, 18. April. Der Streik der Salinenarbeiter hat nun auch das Schöffengericht beschäftigt. Anklage war erhoben worden wegen Abhaltung von Arbeitswilligen. Es ist die gewöhnliche Vergehensart der Streiks, nur daß diesmal auch drei Frauen auf der Anklagebank erschienen, sie sollten einen Trepp Arbeitswilliger, der von Gendarmen nach den Salinen geführt wurde, befreit haben. Sie wurden auch alle drei schuldig befunden, die eine erhielt sechs Tage, die andere zwei Tage Gefängnis. Dann waren noch elf Arbeiter des gleichen Vergehens angeklagt, von denen sechs für schuldig befunden wurden. Einer erhielt sechs Tage, die anderen ins Gefängnis schick, wurde mit 5 Mk. Geldstrafe belegt. Die Gerichte werden aber noch mehr mit der Sache sich zu befassen haben, denn es heißt, daß die Beurteilten Verurteilung eingeklagt haben und unter anderem ist auch Anklage gegen die Gendarmen wegen Ueberschreitung der Amtsgewalt gemacht worden.

Wir hatten solche Vorgänge bei dem bekannten Auftreten der Arbeitswilligen, Polizei und Gendarmen gegen Streikende, ganz gleich, ob sie den freien oder christlichen Gewerkschaften angehören, für beinahe unvermeidlich und verlieren darüber kein Wort. Das hat sich auch ganz besonders in Meggen gezeigt. Ueber alles das ist die Gewerksvereinsleitung und der „Vergknappe“ orientiert. In bewußt böser unchristlicher Absicht arbeiten sie aber trotzdem der Reaktion, den schlimmsten Arbeiterfeinden, in die Hände. Aber die Herrschaften sollten bedenken, daß sich Ausnahmegebote gegen alle Arbeiter, auch die christlichen, richten. Als die Justizhausvorlage im letzten Andenkens dem Reichstage vorlag, befahl der „Vergknappe“ auch noch Einsicht genug, das zu erkennen. Schrieb doch der „Vergknappe“ am 23. September 1899 folgendes:

„Sollte man absolet die sogenannte Justizhausvorlage notwendig erachten und zum Gesetz machen, dann zweifeln wir nicht, daß die deutsche Arbeiterschaft, namentlich die organisierten Arbeiter, die nötige und richtige Antwort darauf geben. Diese Antwort wäre unferes Erachtens die, daß die deutsche Arbeiterschaft in einem Generalausstand träte, um ihr Ausstandsrecht zu schüben. Und wir werden zu unserem Teile nach Kräften dazu beitragen, dieses zu verwirklichen, und wenn wir die ersten wären, die ins Justizhaus kämen!“

Dieses wurde geschrieben, als man die Gewerkschaften mit einem Justizhausgesetz bedrohen wollte. Doch jetzt zur Frist? — Jetzt verlangt die christliche Gewerksvereinsleitung nach einem solchen. Dieser kann wohl eine Organisationseitung nicht sinken!

Doch die schwarz-gelben Heerführer mögen sich gedulden; sie werden den Lohn schon erhalten, der ihren Läten entspricht. Eine bittere Ironie des Schicksals ist es, daß sie jetzt schon bei den Lohnbewegungen, an denen sie beteiligt sind, mit der Rute geächtigt werden, die sie selbst gebunden haben. Heberall wird auch ihnen von den Grubenverwaltungen entgegengehalten: „Die Konjunktur ist zu ungünstig, wir sind finanziell nicht in der Lage, eure Forderungen zu bewilligen.“ Das sind die Waffen, welche die schwarz-gelben Heerführer den Grubenherren gegen die Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter geschmiedet haben. Mit den eigenen Waffen geschlagen zu werden, ist zwar bitter, in diesem Falle aber wohl verdient.

Ob nun die Grubenherren bei den jetzigen Lohnbewegungen Zugeständnisse machen oder nicht, erfolglos werden dieselben nicht sein. Die Erfahrung hat gelehrt, daß nach allen Lohnbewegungen, auch wenn keine Zugeständnisse gemacht wurden, die Löhne bedeutend in die Höhe gingen. Wenn die Arbeiter zeigen, daß sie gewillt sind, das Joch abzuschütteln, verfehlt das, auch wenn sie unterliegen, seiner erzieherischen Einfluß auf die Unternehmer nicht. Auf die Dauer, dessen sind wir gewiß, wird der prohige Herr im Hause-Standpunkt der Unternehmer dem geeinten Arbeiterwillen nicht standhalten. Auch die jetzigen Lohnbewegungen werden uns, auch wenn Zugeständnisse nicht erzielt werden sollten, in der Beziehung ein gutes Ende vorwärts bringen.

Lohnbewegungen im deutschen Bergbau.

Schon am 17. Februar haben die Bergarbeiter im Königreich Sachsen an den Bergbauischen Verein Forderungen auf Erhöhung des Lohnes, Abschaffung des getrennten Gehüges, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und Erhöhung der Leistungen der Knappschaftspensionskasse gestellt. Der Bergbauische Verein lehnte diese Forderungen ab und verwies die Arbeiter bezüglich ihrer Forderungen betreffend die Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Schichtzeit an die einzelnen Grubenverwaltungen. Die Arbeiter liehen daraufhin ihre Forderungen durch die Arbeiterausschüsse den einzelnen Grubenverwaltungen überreichen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Grubenverwaltungen die Forderungen überall mit Bedauern ablehnten. Fast allgemein wurde zugestanden, daß die Lebenshaltung sich außerordentlich verteuert und die Steigerung der Löhne nicht gleichen Schritt gehalten hätte, aber die Werke seien finanziell nicht in der Lage, höhere Löhne zu bewilligen.

Zu dieser ablehnenden Haltung haben nun die Bergarbeiter am 23. April in sehr stark besuchten Belegschaftsversammlungen Stellung genommen, wo die Ausschüsse Bericht erstatteten. Einmütig wurde in allen Versammlungen einer Resolution zugestimmt, worin die Belegschaften sich mit der ablehnenden Haltung der Werkverwaltungen nicht einverstanden erklärten und den Arbeiterausschüssen erneut beauftragten, noch einmal vorstellig zu werden, um die Werkverwaltungen zu veranlassen, wenigstens in der Lohnfrage annehmbare Zugeständnisse zu machen. Die neuen Verhandlungen sollen sofort stattfinden, damit die Belegschaften bald endgültige Beschlüsse fassen können. Bemerkenswert ist besonders auch die Tatsache, daß in mehreren Versammlungen sich auch Mitglieder der gelben königstreuen Werkvereine für die Forderungen aussprachen und ihre Berechtigung anerkannten. Auch bei diesen Leuten ist Schmalheus' Küchenmeister, auch sie wird der Hunger einmal zu einer besseren Erkenntnis bringen.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier haben die Vertreter unseres Verbandes, des Verbandes der Heizer und Maschinenisten, sowie der polnischen Berufsvereinigung und des kirchlich-dunklerischen Gewerksvereins den Unternehmern einen Tarifvertrag eingereicht, der aber von diesen abgelehnt wurde. Im Magdeburger-Braunkohlenrevier ist auch der Gewerksverein christlicher Vergarbeiter an der Bewegung beteiligt. Auch in der Oberlausitz fordern die Arbeiter auf einer Anzahl Braunkohlengruben die Einführung eines Tarifvertrages, was ebenfalls von den Unternehmern abgelehnt wurde.

Diese Haltung der Grubenherren läßt sich mit Vernunftgründen nicht rechtfertigen. Die Herren sind im Gegenteil meist selbst überzeugt, daß eine tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen möglich ist. Aber: „Man fürchtet sich vor dem ersten Schritt!“ Man will kein freies Vertragsverhältnis, sondern will nach wie vor das Faustrecht üben. Der jetzige Arbeitsvertrag ist den Arbeitern von den Unternehmern aufgezwungen. Kein Arbeiter ist damit einverstanden. Aber es heißt da einfach: Vogel friß oder stirb! Wer sich nicht fügt, fliegt! Durch diesen Arbeitsvertrag wird der Arbeiter auf

*) Graf Friedrich von Isenburg, der Mörder seines Oheims, des Erzbischofs Engelbert von Köln, wurde auf der Flucht, im Walde bei Lüttich, von dem belgischen Ritter Baldwin von Gennep durch Verrat gefangen. Sein Dienstmann und Mitgeselle Heribert von Rinkerode fiel bei der Verteidigung seines Herrn. Friedrich selbst wurde nach Köln gebracht und dort gefoltert. — Sein festes Schloß, die Isenburg bei Bellingen an der Ruhr, war schon vorher (1226) durch die Bürger Kölns eingenommen und zerstört worden. Von ihr sind nur noch wenige Mauerreste vorhanden. Der Verf.

Aus Saarabien.

Bei der Beratung des letzten Vergetats im preussischen Abgeordnetenhaus kamen auch eingehend die Lohnverhältnisse der saarabischen Bergarbeiter zur Sprache. Der Arbeiter der saarabischen Betriebe, vornehmlich der in Oberschlesien, wurde kaum Erwähnung getan. Aus Gründen, die sich aus untenstehenden Ausführungen noch ergeben werden.

Seit Jahren klagen die saarabischen Bergarbeiter über schlimme wirtschaftliche Verhältnisse. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ war sehr oft in der Lage, diese Klagen wiederzugeben. Aber wir haben auch nicht unterlassen, die Not der saarabischen Bergarbeiter hauptsächlich zurückzuführen auf die preussisch-deutsche Wirtschaftspolitik, wie sie vom Zentrum eine kräftige Stütze findet. Jeder Artikel der Zentrumsorgane im Saarrevier, wie die Klageartikel des „Vergknappens“, deren ja jetzt viele erschienen sind, sind nichts weiter als eine einzige Anklage gegen sich selbst. Wer die Nahrung des armen Volkes verteuern hilft, der ist mitschuldig an der Not, die hier ausbricht. Wenn das auch die saarabischen Bergleute einsehen würden, dann kämen sie bald zu der Anschauung, daß die ganzen Aktionen der Zentrumspartei und der ihr Gefolgschaft leistende „christliche“ Gewerkschaften der Bergarbeiter und der Fachabteilungen mehr einer Komödie ähnlich sieht, als einem ernstlichen Bestreben, den Bergarbeitern helfen zu wollen. Man denke nur einmal an die Haltung der Zentrumsparlei bei Beratung der Petition der lippischen Bergarbeiter. Statt wendete man sich gegen die Erhöhung der Löhne um 80 Pfennig pro Schicht für Arbeiter, die im Durchschnitt kaum 900 Mark jährlich verdienen! Und dabei ist der fiskalisch-lippische Bergbau recht rentabel. Aber im lippischen Lande sind bei den Reichstagswahlen keine Zentrumsmandate zu gewinnen, warum sich über die Not der lippischen Bergarbeiter aufregen! Warum große Lohnaktionen in Oberschlesien veranstalten, die Wahlkreise dort sind für das Zentrum, wo es sich festzuzetteln hat, nicht gefährdet. Wobei noch hinzukommt, daß eine Lohnaktion der fiskalisch-oberschlesischen Bergarbeiter auch die Bergleute auf den Zentrumsgruben zugehörigen Gruben auf den Plan rufen könnten. Man wird doch nicht im eigenen Hause Porzellan entwesfeln wollen, wenn gleich die auf den Gruben der Zentrumsgruben beschäftigten Bergarbeiter schlechter wie die Bergarbeiter auf den ober-schlesisch-fiskalischen Gruben bezahlt werden.

Unders im Saarrevier. Der Gewinn der Wahlkreise für die Zentrumsparlei steht hier auf des Messers Schneide. Und die Arbeiter im Saarrevier sind am meisten unzufrieden geworden. Die Bergarbeiter fühlen an ihrem eigenen Körper die Folgen der Zentrumsparlei und die des Herrn Noeren ganz besonders. Alles Dinge, die das Zentrum und die hinter ihm stehenden Arbeiterorganisationen zwingen, etwas für die Bergarbeiter im Saarrevier zu tun. Und so gärt es seit geraumer Zeit im Saarrevier Bergrevier nicht wenig.

Die Bewegung nun, die zugunsten der Lohnfrage eingeleitet wurde, ist keine einheitliche. Fachabteilungen und „christliche“ Gewerkschaften gehen getrennt vor, aus dem Grunde, weil beide noch gegeneinander in der Gewerkschaftsfrage rivalisieren und sich gegenseitig Boden abzugewinnen suchen. Den Bergarbeiterverband haben beide ausgeschaltet. Was die „Christen“ für sich in anderen Gewerkschaften und in anderen Bergrevieren in Anspruch nehmen und fordern: Die Anerkennung aller bestehenden Organisationen, gilt im Saarrevier weder für die M. Gladbacher noch für die Berliner Richtung! Wir trauern darum nicht und erleben auch keinen Skandal. Wie der Bergarbeiterverband zu Lohnfragen der Bergarbeiter steht, ist bekannt. Ihm ist recht, wenn den Bergleuten auch durch das Vorgehen anderer Gewerkschaftsrichtungen geholfen werden kann. Auch steht fest, daß die dem Bergarbeiterverbände nachstehenden Abgeordneten erst und ehrlich die Lohnforderungen der Bergarbeiter jederzeit vertreten werden, wie das ja die parlamentarische Geschichte ausweist. Würde das Zentrum mit derselben Gewissenhaftigkeit und Ueberzeugung für Arbeiterforderungen eintreten, dann wäre manches anders, auch für die Saarbergleute. Das Zentrum weiß ja sonst seine Begeisterung für eine Sache anzubringen, wenn es will, weiß auch Mittel und Wege zu finden, um mit seinen Forderungen durchzudringen, die auf anderen Gebieten als die der Lohnpolitik armer Bergleute liegen. Denn die preussische Regierung wie die Reichsregierung ist dem Zentrum für seine Unterstützungen der Regierungspolitik so verbunden, daß es doch mit dem Teufel zugehen müßte, wenn das Zentrum nicht ein paar hundert Millionen für die fiskalischen Bergarbeiter heranschlagen könnte. Aber es handelt sich nicht um Interessen nur um Bergarbeiter, diesen präsentiert man schöne Redensarten.

Von Worten und Worten wird kein Mensch satt. Da rufen auch keine schönen Parlamentsreden, keine Petitionen, wenn nicht ausschlaggebende Parteien, wie das Zentrum, es wagen, auch Regierungen den Taumen an den Hals zu legen. Wie du mir, so ich dir! Doch was sagen wir, es handelt sich doch bloß um Arbeiter, die man mit Scheinvertretungen und Liebeserklärungen an der Nase herumführen kann. Diese Komödie mitspielen, dazu hat der Bergarbeiterverband keine Veranlassung. Aber wer will abhören, daß durch einheitliche Vorgehen aller in Betracht kommenden Organisationen im Saarrevier, durch eine einheitliche Aktion nicht den saarabischen Bergleuten besser gedient wäre, als durch eine Aktion, die alljährlich den Stempel der politischen und christlich-gewerkschaftlichen Mache an sich trägt. Eine solche Vertretung kann den saarabischen Bergleuten eher schaden als nützen.

Und was will es auch besagen, wenn die Not der Saarbergleute unerträglich wird. Der beiden christlichen Organisationsrichtungen wird es niemals einfallen, schließlich durch das letzte Mittel — den Streik — ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Niemals! Denn diese Organisationen haben diese wichtige Waffe, mit der man durchaus nicht zu spielen braucht, aus der Hand gegeben. Die „christlichen“ Führer haben es ja der Regierung in die Hand gegeben, das Streikrecht der fiskalischen Arbeiter zu brechen. Und darum kann der preussische Fiskus gut schlafen, eine Gefahr, daß die Bergarbeiter in seinen Betrieben einmal die Broden hinwerfen könnten, besteht nicht, solange christliche Gewerkschaftsführer die Zügel in der Hand halten. Freilich, die armen saarabischen Bergarbeiter merken diese Feilheit, die ihnen ihre christlichen Führer gebunden, nicht. Wie könnten sonst so geduldige Leute, wie es die christlichen saarabischen Bergleute vom Schlage der Fachabteilungen sind, in einer ihrer Versammlungen ausrufen, daß alles Petitionieren, Demonstrieren, Protestieren und Deputationen entbehren nichts mehr hilft und man „der Gesellschaft die Broden vor die Füße werfen müsse!“ Der Hunger treibt selbst die frommsten Bergarbeiter zu solchen Verzweiflungsausbrüchen. Aber was wollen sie, sie sind ja zur Ohnmacht verdammt! Wehe den schwarzen Heuchlern und Volksausbeutern, wenn es schließlich auch dem Geduldigsten aufdämmert, wie er betrogen wird!

Das Spiel, das mit den saarabischen Bergleuten getrieben wird, ist selbstverständlich auch reich an Widersprüchen.

Wer vom Betrug seine Existenz fristet, der gerät allzu leicht in die Gefahr, sich in Widersprüche zu verwickeln. Das gilt vom Zentrum, das gilt auch von den ihm getreuen Bergarbeiterorganisationen.

Man lese einmal die Saarzeitungen durch, wie die Lohnfrage zu politischen Zwecken gründlich ausgenutzt wird, wie man hier, z. B. den Nationalliberalen den „Spiegel der Wahrheit“ nach echter Zentrumsmode vorhält. Mit dieser Partei ringt nämlich das Zentrum um die saarabischen Wahlkreise. Was Wunder also, daß den Nationalliberalen in Zeitartikeln die Sünden vorgehalten werden, die sie sich in der Lohnfrage der Bergarbeiter zuschulden kommen lassen. Und doch haben die nationalliberalen Redner beim Vergetat gerade so schöne Reden gehalten, wie die Zentrumredner, aber zur Durchführung der Wünsche der Bergarbeiter haben auch sie nichts ernsthaftes unternommen. Wortverschwendungen auch hier, wie beim Zentrum.

Was der letzteren Partei zugute gerechnet werden muß, ist die Ausnutzung der Not der Saarbergleute. An diesen Schilderungen kann man, wie schon gesagt, die große Schuld des Zentrums an der Arbeiterklasse erst gründlich erkennen. Einige Ausführungen der Zentrumredner und der Zentrumsorgane sind wert, hier festgehalten zu werden, weil sie die Schande der Zentrumsparlei ins rechte Licht rückt. Der Abgeordnete Noeren führte am 21. März im Abgeordnetenhaus aus:

„Nach den mir vorliegenden Lohnlisten — es ist eine ganze Reihe —, die aus den verschiedensten Gemeinden und zwar ohne Auswahl entnommen sind, betrug der Lohn 4,14 bis 4,51 Mt. und zwar für vollkräftige Kohlenhauer, die auch, wie sachmännisch festgestellt werden kann, mit Geld und Fleisch gearbeitet haben. Vergleichen man damit die Ausgaben, die nach den ordnungsgemäß geführten Haushaltungsbüchern gemacht sind, dann ergibt sich daraus ganz unabweisbar, daß es hier einer Familie selbst nur mit mäßiger Minderzahl absolut unmöglich ist, selbst unter den größten Einschränkungen sich auch nur den notwendigen Unterhalt zu verschaffen.“ (Sehr wahr! im Zentrum!!!)

Diese Verkünderungen, die die Blutschuld der Zentrumsparlei des Zentrums zeigen, decken sich mit den Klagen, wie sie schon im Laufe des vergangenen Sommers in der zentralen Saarpresse zutage traten. Damals wurde schon geschrieben, daß es bei den Bergleuten „kaum noch für Brot und Kartoffeln lange, Fleisch komme den ganzen Monat keines auf den Tisch.“ („Saarpost“ vom 7. September.) Dieses Gland wird aber auch noch recht treffend illustriert durch den Inhalt einer Resolution, die in einer Versammlung der Fachabteilung in Neunkirchen am 9. April, angenommen wurde und in der es heißt, „daß allein 1839 Bergleute bei 86 Handwerkern und Geschäftslenten für Nahrungsmittel und Kleidungsstücke 305 751 Mark Schulden haben!!!“ Als im Landtag die Schuldenwirtschaft noch näher detailliert wurde, gaben die Vertreter sämtlicher Mehrheitsparteien ihr Erstaunen kund, aber sie hüteten sich, die Regierung zu zwingen, die Konsequenzen zu ziehen! Die sie sich einfach erklären, daß sie keine Versorgungsaufgabe für die Bergleute sei, im übrigen stehe durch Lohnerhöhungen die Rentabilität der Werke in Frage! Und nun kommen, was ganz besonders die Ruhrbergleute interessieren dürfte, Zentrum und Gewerkschaften, wie auch die Fachabteilungen, erklären im Landtag wie in der Presse und in Versammlungen, daß sie auf die Rentabilität der Werke keine Rücksicht nähmen. Drohtisch kommt diese „Meinung des Zentrums“ zum Ausdruck in einem Artikel („Neunkirchner Zeitung“ vom 27. März), der sich gegen die Nationalliberalen wendet. Diese hatten erklärt, daß die Erhöhung der Rentabilität auch eine Erhöhung der Löhne nach sich ziehen würde.

„Dem Arbeiter leuchtet eine solche Arbeiterfreundlichkeit sehr schlecht ein. An erster Stelle kommt es ihnen darauf an, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können, und dazu gehört, daß sie wenigstens so entlohnt werden, daß sie damit haushalten können, ohne Schulden machen zu müssen. Ist das erreicht, dann mag die Rentabilität auch ein Wort mitsprechen. Aber diese Stufe ist ja noch nicht einmal erreicht, das haben die Ausführungen der Zentrumsredner klar bewiesen und deshalb müssen die Arbeiter darauf drängen, daß zuerst die Lohnfrage gelöst wird. An der Zufriedenheit eines so großen Volksteiles wie es die Saarbergarbeiter darstellen, muß dem Staate auch mehr gelegen sein, als an einer erhöhten Rentabilität, deren Bedeutung im übrigen auch nicht unterschätzt werden soll.“

So das Neunkirchner Organ, das die gestillten Bedürfnisse der Bergarbeiter für höher hält, als die Rentabilität der Werke. In zufriedenen Arbeitern soll dem Staate mehr gelegen sein, als an dem Gewinn. Sonst würden die Arbeiter ihre loyale Meinung verlieren, würden gar die Königs-treue an den Nagel hängen. Wie notwendig aber diese Königs-treue Geminnung sei, das hat die „Saarpost“ in einem Artikel gegen den „protestantischen Herrn Vergat“ Neek, diesem deutlich genug unter die Nase gerieben. Neek hatte so quasi zum Ausdruck gebracht, daß zur Erhebung der Rentabilität der Werke wohl auch der Fortfall der katholischen Feiertage beitragen könnte.

Schärfer noch zog vom Leder der „Vergknappe“ vom 1. April:

„Der Staatsbergbau muß für seine Angehörigen, die Beamten und Arbeiter und auch für die Allgemeinheit mindestens das leisten, was der Privatbergbau leistet. Die staatliche Bergverwaltung muß auch nachweisen können, daß der Staatsbergbau genügendes leistet. Kann sie das nicht, so gibt sie damit zu, daß entweder der Staatsbergbau keine Existenzberechtigung hat und verdient beseitigt zu werden, oder daß die staatliche Bergverwaltung nichts taugt. Es müssen dann aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen werden. Wenn der Staat grundsätzlich unfähig ist, Bergwerksbetriebe zu leiten, so muß er seinen Bergwerksbetrieb abhassen. Ist aber die staatliche Bergverwaltung schuld an einer ungenügenden Rentabilität der staatlichen Bergwerksbetriebe, so muß man diese in den Ruhestand versetzen. Entweder — oder!“

Also Entstaatlichung der fiskalischen Bergwerke, Beseitigung der Bergwerksverwaltung! Entweder — oder! Ist das nicht zureichend? Wie anders Klang es im „Vergknappen“ doch anlässlich der Lohnbewegung der Ruhrbergleute! Wie kam der „Vergknappe“ her und seine Freunde und haben sich freiwillig den schmerzreichen Grubenbesitzern des Ruhrbeckens zur Verfügung gestellt, damit die Lohnbewegung der Ruhrbergleute zu Wasser würde! Und was waren die Argumente, mit denen der „Vergknappe“ und seine Hintermänner operierten? Die Bergarbeiter wurden mit Hinweis auf die geringe „Rentabilität der Ruhrgruben“ aufgehetzt, gegen die Lohnbewegung der drei Verbände Stellung zu nehmen! Streikbruch wurde gepredigt!! Und auch aus dem Grunde hefte man gegen die Lohnbewegung auf, weil der Verband die „Wahrung politischer Interessen“ bei der Lohnbewegung im Auge habe! Selbstverständlich „Log der „Vergknappe“ mit seinen Behauptungen. Eine große Anzahl der Ruhrgruben warfen geradezu glänzende Gewinne ab, die Förderung stieg, ein Beweis, daß die drei Verbände sich mit ihrer Lohnbewegung auf dem rechten Wege befanden. Ihnen politische Erwägungen zu unterziehen, konnte nur der christliche Wahnsinn diktieren.

Dafür aber stellt sich jetzt gründlich heraus, wer politische Interessen bei Lohnbewegungen wahr und wer sich den Teufel um die Rentabilität der Gruben fürt, wenn es sich um Förderung politischer Interessen handelt. Das ist das Zentrum und die mit ihm liierten Organisationen! Im Ruhrbecken machten die

die Lohnbewegung aufzuheben, um mit den Nationalliberalen von Hedengraben für die kommende Reichstagswahl zu werben. Es gilt ja hier und anderen Sozialdemokraten die Wahlkreise zu entreißen. Im Saarrevier ist die „rote Gefahr“ dem Zentrum noch nicht wie im Ruhrbecken bis unter die Nase gestiegen, es verhält sich noch nicht wie hier ins „rote Meer“. Darum richtet sich der Kampf gegen den Partner bei den kommenden Reichstagswahlen — die Nationalliberalen. In beiden Fällen wird die Lohnbewegung benutzt, um die zentrumsliche Politik zu stützen!

Arme Bergleute, die sich von einer solchen Sippchaft noch an der Nase herumführen lassen!

Die Miners Federation von Großbritannien.

Verechenlich sind wir diesmal sehr verspätet in den Besitz des Jahresberichts der Vereinigung der Bergarbeiterverbände (Großbritannien) (Miners Federation of Great Britain) gekommen. Er bietet aber so viel des Interessanten, daß es sich noch lohnt, auf ihn zurückzukommen.

In Großbritannien (England, Wales und Schottland) gibt es zwar weit mehr Bergarbeitervereinigungen als in Deutschland; noch dem letzten allgemeinen Bericht gab es allein im britischen Hochbergbau 61, in den anderen Bergbauzweigen 11 Organisationen der Bergarbeiter. Aber eine ganze Anzahl dieser Organisationen tragen nur den Charakter von freundschaftlichen Unterstützungsvereinigungen (Friendly Societies). Soweit wirkliche Gewerkschaften in Betracht kommen, so sind nimmere alle nennenswerten miteinander durch Gegenseitigkeitsverträge, gemeinschaftliche Komitees und Stauseneinrichtungen verbunden. Die lokalen Vereine (Branches) haben sich zu Distriktsverbänden, die Distriktsverbände zu Grafschaftsverbänden vereinigt (Federationen); endlich sind alle Grafschaftsverbände in der Miners Federation of Great Britain zusammengegeschlossen.

Dieser Bund ist 1889 hauptsächlich auf Betreiben mittel-englischer (Northshire und Lancashire) Bergarbeiterverbände entstanden, um möglichst die gesammelte Kraft der britischen Bergleute für die Verwirklichung allgemeiner gewerkschaftlicher Forderungen in die Waagschale werfen zu können. Während bis dahin die ältere gewerkschaftliche Auffassung, die Arbeiter könnten lediglich durch ihre gewerkschaftlichen Bewegung ihre Lage heben, vorherrschend gewesen war, verschaffte sich nun die modernere Ansicht mehr Anerkennung, daß die Gewerkschaften auch durch Beeinflussung der Gesetzgebung Erfolge für die Arbeiter zu erzielen vermöchten. Die moderne Richtung kam zur Geltung in der Miners Federation. Ihr rührigster Gründer und vielfachiger Präsident war der verlorene Benjamin Pickard, ein Yorkshire.

Nach und nach schlossen sich die Bergarbeiterverbände in den übrigen Grafschaften und Landesteilen der allgemeinen Miners Federation an. Zunächst, nach den Mittelengländern die Nordwaleser, die Yorkshire, dann die Südwestler. Am längsten hielten sich die Northumberlander und Durhamern fern. Unter ihnen fand die alte Gewerkschaftsauffassung den nachhaltigsten Anklang, was begreiflich ist, wenn man weiß, daß der Northumberlander Verband ununterbrochen seit 1863, der Durhamern ununterbrochen seit 1869 besteht und beide unter der Leitung von Thomas Burt und John Wilson zweifellos große Erfolge für die Arbeiter errangen. Indessen drängte auch hier die jüngere Generation hin auf den Anschluß an die allgemeine Federation. Er ist dem auch 1908 bzw. 1909 erfolgt. Doch waren die Northumberlander und Durhamern schon seit 1890 neben der allgemeinen Federation auf den internationalen Bergarbeiterkongressen vertreten, wo es ja wiederholt zu heftigen Debatten zwischen den Northumberlandern-Durhamern und den Delegierten der Miners Federation über den Wert der nur-gewerkschaftlichen Aktion kam.

Seit ist der Bund der britischen Bergarbeiterverbände vollständig geschlossen. Während die der Miners Federation of Great Britain angehörenden Verbände 1908: 339 624, 1907: 323 799, 1906: 458 300 Mitglieder besaßen, waren im Oktober 1910 auf dem Jahreskongress (Edinburg) der Federation 600 327 organisierte Bergleute durch 167 Delegierte und vier Mitglieder des Präsidiums vertreten! Einigkeit macht stark!

Die Mitgliedschaften und Delegierten verteilen sich auf die einzelnen Landesteile wie folgt:

	Mitglieder	Delegierte
Yorkshire	70 000	9
Lancashire und Westshire	50 000	12
Midland Federation	34 000	13
Derbyshire	30 000	6
Nottinghamshire	28 000	6
Süd-Derbyshire	3 000	1
Leicestershire	5 000	1
Wiltshire	2 000	3
Somersetshire	3 000	3
Cumberland	5 500	1
Cleveland	9 427	1
York-Wales	10 000	1
Süd-Wales	141 000	25
Schottland	67 000	60 ^{*)}
Northumberland	35 000	11
Durham	98 500	13
Forest of Dean	8 000	1

^{*)} Unter den schottischen Delegierten befand sich auch unser Kamerad August Siegel.

Die Generalversammlung der Miners Federation of Great Britain wird jährlich abgehalten. Sie befaßt sich nicht über die Verfassung der Einzelverbände. Diese regeln vielmehr ihre Organisationsangelegenheiten (Beiträge, Unterstützungen, Verwaltung, Vorstandswahlen usw.) selbstständig auf ihren Generalversammlungen. Die Jahresversammlung der großen Federation berät und befaßt sich über allgemeine Arbeitszeit, Schicht- und Bedingelohnfragen, Bergarbeiterbeschäftigung und Arbeiterversicherungsangelegenheiten. Der Beitritt zur Federation steht jeder Bergarbeiterorganisation frei gegen ein Eintrittsgeld von 20 Schilling (ein Pfund Sterling gleich 20 Mark) pro 1000 Mitglieder. Pro Mitglied und Quartal hat die angeschlossene Organisation einen Penny (etwas über 8 Pfennig) in die Federationskasse zu zahlen. Sodann können Extrabeiträge für die Unterstützung finanziell schwacher Organisationen in Streikzeiten und zur Führung eines allgemeinen Streiks erhoben werden. Ferner werden Beiträge erhoben zwecks Betreibung der Agitation für die Wahl von Parlamentsmitgliedern und für die Zahlung von Parlamentsdiäten an die von der Federation anerkannten Parlamentsmitglieder! Für je 1000 zahlende Mitglieder erhält die Organisation auf dem Jahreskongress der Federation eine Stimme.

Der Kongress wählt auch die Leitung der Federation, bestehend aus einem I. und II. Präsidenten, einem Sekretär, einem Kassierer und nicht weniger als zwölf Beisitzern (Exekutive Komitee), die keine besoldeten Angestellten sein dürfen. Außerdem werden zwei Revisoren und drei ständige Rechnungsprüfer gewählt. Das Sekretariat der Federation befindet sich in Manchester, Sekretär ist Kamerad Thomas Johnston, I. Präsident Kamerad Enoch Edwards, II. Präsident Kamerad Robert Smilie, Kassierer Kamerad William Frahan.

Jede Kohlringen, Gerthe I. W. Der Betriebsüberschuss beträgt im ersten Vierteljahr 1911: 515 079 M. (im Vorvierteljahr 475 842 M.). Die Gewerkschaft verteilt wieder eine Ausbeute von 850 M. pro Ang.

Jede Deutschlands, Döhlingshausen. Der Betriebsüberschuss betrug im ersten Quartal 1911: 213 052 M. gegen 153 215 M. im Vorquartal und 125 603 M. im ersten Quartal 1910.

Bergwerksgesellschaft Hibernia, Fern. Der Rohüberschuss betrug im ersten Vierteljahr 1911: 2 068 741 M. gegen 2 058 527 M. im vorigen Vierteljahr und 2 023 488 M. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre ergibt folgendes Bild (in Mark):

	1908	1909	1910	1911
1. Vierteljahr	8 002 081	2 641 500	2 023 488	2 068 744
2. "	8 245 828	2 442 415	2 456 767	—
3. "	8 219 480	2 080 072	2 068 116	—
4. "	2 817 607	2 068 305	2 058 527	—
Zusammen	12 474 515	10 410 091	10 701 898	—

Jede Gwald, Gerten I. W. Der Betriebsüberschuss betrug im ersten Quartal 1911: 882 018 M. gegen 801 808 M. im ersten Quartal 1910.

Jede König Ludwig, Heddinghausen. Der Heberüberschuss betrug im ersten Vierteljahr 1911: 808 615 M. gegen 423 608 M. im ersten Vierteljahr 1910.

Jede Gantordia, Oberhausen. Der Heberüberschuss betrug im Jahre 1910: 1 702 097 M. gegen 1 100 480 M. im Jahre 1909.

Gute Geschäfte machten auch die Aktionäre im Braunkohlenbergbau, wie folgende Ergebnisse zeigen:

Braunkohlen-N.-O. Grube Ernst, Meuselwitz.

	1906	1907	1908	1909
Umsatz	27 104	31 181	30 000	30 000
Gewinn	36 991	70 220	42 427	46 687
Verteilte Dividende	30 %	35 %	33 1/2 %	38 1/2 %

Greppiner Werke in Greppin.

Umsatz	121 771	182 240	109 569	70 789
Gewinn	180 918	181 820	181 589	181 725
Verteilte Dividende	10 %	10 %	10 %	10 %

Sächsisch-Schüringische.

Umsatz	428 708	720 850	718 969	732 084
Gewinn	107 082	207 648	284 018	303 862
Verteilte Dividende (N.-A.)	5 %	5 %	5 %	7 %
Verteilte Dividende (St.-A.)	8 %	5 %	5 %	7 %

Braunschweigische Kohlenbergwerke, Helmstedt.

Umsatz	575 417	620 608	622 210	615 810
Gewinn	1 037 597	1 086 625	1 068 537	1 081 747
Verteilte Dividende	12 %	13 %	13 %	14 %

Braunkohlen-N.-O. Union, Kriebitzsch.

Umsatz	34 008	52 000	30 000	40 877
Gewinn	41 931	76 219	42 647	42 358
Verteilte Dividende	7 %	9 %	5 %	5 %

Leipziger Braunkohlenwerke, Kufwitz.

Umsatz	85 568	86 827	87 173	95 421
Gewinn	118 416	103 237	101 535	137 118
Dividende	10 1/2 %	9 %	9 %	12 %

Konfolidiertes Braunkohlenbergwerk Karoline bei Ofleben.

Umsatz	360 388	377 774	326 023	325 390
Gewinn	462 187	550 738	612 051	606 092
Verteilte Dividende	25 %	28 %	30 %	30 %

Braunkohlen-Abbauverein Zum Fortschritt, Meuselwitz.

Umsatz	69 833	130 080	106 248	90 871
Gewinn	64 123	118 701	103 173	79 746
Dividende (St.-A.)	6 %	13 %	11 %	8 %
Dividende (N.-A.)	10 %	17 %	15 %	12 %

Braunkohlen-Abbaugesellschaft Friedensgrube, Meuselwitz.

Umsatz	49 131	109 621	59 291	43 329
Gewinn	38 857	70 216	59 288	49 971
Dividende	14 %	23 1/2 %	20 %	13 1/2 %

Brehliger Braunkohlen-N.-O., Meuselwitz.

Umsatz	114 798	139 122	101 890	103 880
Gewinn	147 271	239 187	251 654	200 830
Dividende (N.-St.-A.)	20 %	25 %	25 %	25 %
Dividende (St.-A.)	10 %	15 %	15 %	15 %

Eintracht, Braunkohlenwerke, Neu-Weßow.

Umsatz	1 217 091	1 408 597	1 774 394	1 858 866
Gewinn	1 587 504	1 888 526	2 185 180	2 402 241
Dividende	20 %	24 %	27 %	27 %

Jechau-Kriebitzscher Kohlenwerke, N.-O. Zeßau.

Umsatz	250 123	352 578	530 711	510 413
Gewinn	215 314	303 799	309 846	396 387
Dividende	5 %	7 %	7 1/2 %	7 1/2 %

Ute, Bergbau-N.-O., Senftenberg.

Umsatz	1 273 541	1 573 480	1 734 279	2 051 354
Gewinn	2 032 851	2 451 457	2 577 785	2 797 499
Dividende	18 %	20 %	22 %	24 %

Kraft, Bergbau-N.-O. in Leipzig. (Gegründet 1. 2. 1907.)

Umsatz	—	—	131 642	254 970
Gewinn	—	—	159 896	422 247
Dividende	—	—	5 %	10 %

Braunkohlen-N.-O. Vereinigte, Meuselwitz.

Umsatz	1 906/07	1 907/08	1 908/09	1 909/10
Umsatz	293 115	254 844	179 030	140 170
Gewinn	298 897	326 167	255 507	256 163
Dividende (N.-A.)	36 %	42 %	42 %	42 %
Dividende (St.-A.)	35 %	37 %	37 %	37 %

Raumburger Braunkohlen-N.-O., Raumburg.

Umsatz	401 634	408 656	411 460	323 430
Gewinn	312 716	329 342	297 487	302 430
Dividende	14 %	14 %	12 %	12 %

Zwickauer Braunkohlenwerke, Meuselwitz-Weßau.

Umsatz	204 684	190 350	174 113	237 698
Gewinn	156 120	153 388	147 343	165 353
Dividende	10 %	10 %	10 %	10 %

Köfcher Braunkohlenwerke.

Umsatz	113 000	102 331	61 684	46 751
Extra-Reiserforders	120 000	120 000	79 339	61 532
Gewinn	691 064	645 158	548 143	627 445
Dividende	14 %	14 %	14 %	10 %

Salzauer Braunkohlen-Jahrbücherei bei Okerfeld.

Umsatz	429 955	412 416	335 606	232 352
Gewinn	245 256	259 593	291 599	380 770
Dividende	12 %	12 %	12 %	12 %

Hamborger Braunkohlenwerke.

Umsatz	64 585	89 105	—	77 279
Gewinn	77 892	8 827	—	7 846
Dividende	—	—	—	—

Braunkohlenwerke Leonhard, Döhl.

Umsatz	113 215	128 915	102 985	146 670
Gewinn	193 592	242 700	211 197	150 064
Dividende	7 1/2 %	9 %	9 %	7 %

Niebsche Kohlenwerke.

Umsatz	947 618	1 029 658	1 146 532	1 201 397
Gewinn	1 242 893	1 662 154	1 633 011	2 078 197
Verteilte Dividende	9 %	12 %	12 %	12 %

Berchauer Braunkohlenwerke.

Umsatz	554 942	644 727	585 493	520 281
Gewinn	465 152	568 921	502 690	463 447
Verteilte Dividende	16 %	16 %	14 %	11 %

Zeicher Paraffin.

Umsatz	524 636	523 497	528 234	528 505
Gewinn	523 923	536 320	473 976	523 023
Verteilte Dividende	11 %	11 %	10 %	10 %

Braunkohlenwert Ostpa, Jessenitz.

Umsatz	173 784	180 895	110 093	—
Gewinn	101 266	249 725	183 576	176 720
Verteilte Dividende	10 %	18 %	14 %	14 %

Neue Senftenberger Kohlenwerke. (Gegründet 1. 4. 1909.)

Umsatz	—	—	247 079	—
Gewinn	—	—	290 573	—
Verteilte Dividende	—	—	6 %	—

Inlands- und Auslandspreise.

Auch der Preis läßt die in der Nähe der Gruben wohnenden Kohlenverbraucher stärker blühen, um die in den entfernteren Absatzgebieten wohnenden Abnehmer mit billigen Brennstoffen zu versorgen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilen kann, sind die Kohlenpreise von den fiskalischen Gruben Obersteierens wie folgt festgesetzt:

Kohlenart	Im Innengebiet je Zs.					Freiland a. b. Ostsee je Zs.				
	Stange	Stange	Stange	Stange	Stange	Stange	Stange	Stange	Stange	Stange
Stückkohlen	12,00	12,80	12,40	12,50	9,00	9,20	8,80	8,70	—	—
Würfelskohlen	12,00	12,80	12,40	12,50	9,00	9,20	8,80	8,70	—	—
Rußkohlen I.	12,00	12,80	12,40	12,50	9,00	9,20	8,80	8,70	—	—
Rußkohlen II.	11,80	11,40	11,10	—	8,40	8,80	—	—	—	—
Gewasch. Rußkohlen I.	—	11,00	—	11,10	—	—	—	8,00	—	—
Gewasch. Rußkohlen II.	8,00	9,20	8,80	—	6,70	7,00	—	—	—	—
Gewasch. Erbskohlen	—	9,70	—	9,20	—	—	—	7,00	—	—
Förderkohlen I.	—	11,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Förderkohlen II.	9,80	9,40	9,10	—	6,80	6,80	—	—	—	—
Förderkohlen III.	8,20	8,40	8,00	—	5,60	5,90	—	—	—	—
Mätkerleinkohlen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gewasch. Erbskohlen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staubkohlen	4,70	5,20	4,70	5,20	—	—	—	—	—	—
Förderkohlen I.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Förderkohlen II.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Förderkohlen III.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werkst. v. 3 Rg. u. 9 Rg.	12,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werkst. v. 0,9 Rg.	12,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Je weiter von den Zechen, desto billiger die Kohlen. Im Auslande sind sie am billigsten. Nationale Wirtschaftspolitik!

Wie ist die Geschäftslage?

Von der Berliner Börse berichtet die „Kölnische Zeitung“ Nr. 417: „Neben der Lage der Industrie lauten die Meldungen im allgemeinen durchaus befriedigend. Der Absatz auf dem Eisenmarkt hat zugenommen, und wenn vereinzelt Preisunterbietungen gemeldet werden, so ist dies bei der gesteigerten Fertigstellungsfähigkeit der Werke nicht zu vermeiden. Demensprechend lauten die an der Börse eingehenden Dividendenkundungen sehr günstig und im Zusammenhang damit konnten einzelne Bergwerksaktien ihren Preisstand weiter verbessern. Insbesondere bestand für Gelsenkirchener, Hombacher, Bochumer und Hohenlohe Nachfrage, und Abwärts konnte bis 200 Prozent in die Höhe gehen. Für Montanaktien wirkte auch die ausichtsreichere Beurteilung der Verbandsfrage mit. Für reine Kohlengeschäfte macht sich ihre ungünstige Stellung gegenüber den gemischten Werken immer mehr geltend, so daß sie über Wangel an Absatz klagen zu einer Zeit, wo die wirtschaftliche Entwicklung im Aufschwung steht; daher waren Kohlenwerke auch vereinzelt niedriger, besonders die im Warberfeld gehandelten.“

Die wirtschaftliche Entwicklung sieht also im Aufschwung. Daß eine gewisse Zechengruppe sich schlechter als die andere stellt, liegt an der zunehmenden Macht der Syndikatszweigen und der Güttengeden, nicht an der allgemeinen Geschäftslage. Das bestätigt auch der Bericht der Aktiengesellschaft Konordia, Oberhausen, worin es heißt:

„Die allgemeine wirtschaftliche Lage weist eine entschiedene Besserung auf, wenn diese auch weniger in höheren Preisen, als vielmehr in einer Zunahme der Beschäftigung in Erfindung getreten ist. So hat die deutsche Hoheisenherstellung im abgelaufenen Geschäftsjahr die bisherige höchste Ziffer des Jahres 1907 noch übertraffen. In ähnlicher Weise wie die Hoheisenherstellung ist der Kohlenbedarf gewachsen, nur sind leider an dessen Deckung die Zechen nicht gleichmäßig beteiligt. Wie schon in unserem vorjährigen Bericht erwähnt, haben sowohl die außer-syndikalischen wie die Güttengeden sich ungehindert entwickelt und die Kohlenherstellung erheblich gesteigert, während die im Syndikat gebundenen reinen Zechen vollen Absatz nicht finden konnten. Das war wie 1909, so auch 1910 der Fall. Die Absatzmöglichkeit für uns beschränkte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 7,8 Prozent unserer Beteiligung. Für die Folge wird unsere Kohlenleistung jedoch um 60 000 Tonnen höher sein als bisher und zwar 887 400 Tonnen gegen 827 400 Tonnen, da uns auf Grund unserer Anmeldung im Jahre 1907 durch schiedsgerichtliches Verfahren diese Erhöhung zugesprochen worden ist. Auch der Absatz von Kohlen hat sich gebessert, die Förderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist gegen das Vorjahr von 82 803 676 Tonnen auf 83 861 504 Tonnen, also um 4,95 Prozent gestiegen, aber der Mehrabsatz entfällt auch hier hauptsächlich auf die freien und die den Güttengeden angegliederten Zechen. Die außer-syndikalischen Zechen konnten ihre Förderung im Jahre 1910 um 30,35 Prozent gegen das Vorjahr steigern, die Syndikatszweigen dagegen nur um 3,46 Prozent, an denen, wie schon hervorgehoben, die Güttengeden in erster Linie beteiligt sind. Zur Vermeidung dieser unbilligen Zustände sind schon jetzt die Verhandlungen zur Erneuerung und Verbesserung des noch bis Ende des Jahres 1915 laufenden Syndikatsvertrages aufgenommen worden. Man hofft unter Aufhebung des bestehenden Vertrages ein neues Abkommen treffen zu können, bei dem die großen Nachteile, die die reinen Zechen heute zu tragen haben, vermieden oder doch wesentlich abgeschwächt werden. Ferner erwartet man, daß die heute dem Syndikat nicht angehörenden Zechen sich denselben anschließen und, gleich wie sie von ihm Nutzen ziehen, auch an seinen Lasten teilnehmen.“

Hier wird ausdrücklich betont, die wirtschaftliche Lage weist eine „entschiedene Besserung“ auf — der „Bergknappe“ versucht den gegenteiligen Eindruck zu erwecken! — aber die Schächte haben sich so vermehrt, daß insbesondere die reinen Kohlengeschäfte im Syndikat dadurch und durch die Güttengeden im Absatz gedrückt werden. Für diese maßlose kapitalistische Spekulation sollen die Arbeiter büßen.

Im Bericht der reinen Kohlengeschäfte Konstantin der Große bei Bochum lesen wir: „Die reinen Zechen des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats haben an der allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Lage leider nur einen geringen Anteil genommen. In der ersten Zeit, als die deutsche Hoheisenherzeugung ihren höchsten Stand erreichte, ließ das Kohlen-Syndikat eine durchsichtliche Kürzung der Beteiligungsziffern seiner Mitglieder von 12,12 Prozent in Kohlen und 25,45 Prozent in Hoheisen eintreten. Zugleich stieg die Syndikatsumlage für Kohlen auf 10 Prozent und blieb für Hoheisen auf 7 Prozent bestehen. Die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände, die es den Güttengeden und Außenstehenden gestatten, auf Kosten der reinen Syndikatszweigen ihren Absatz zu erweitern, kann nicht besser illustriert werden. Eine baldige Änderung ist dringend notwendig, falls für uns überhaupt ein Interesse am Syndikat erhalten bleiben soll.“

Dieselbe Klage! Würde sich die Vermehrung der Schächte in vernünftigen Grenzen gehalten haben, dann könnten sie jetzt voll fördern und das Syndikat braucht, wenn es eine weitläufigere Preispolitik befolgt hätte, keine „Umlage“ jetzt nicht sogar auf 12 Prozent pro Tonne Kohlen zu stellen.

Unter „Umlage“ ist der Beitrag der Syndikatszweigen an das Syndikat zu verstehen. Das Syndikat stellt in den Bezirken, wo es keine ernstliche Konkurrenz zu fürchten hat, seine Preise weit höher als außerhalb dieses („unbeschränkten“) Gebiets. Was hier mehr bezahlt wird, dafür bekommt das Ausland die Syndikatszweige billiger. Die so entziehenden Verluste werden aus der „Umlage“ gedeckt. Die „Umlage“ ist also eine Extralast der inländischen Kohlenverbraucher zugunsten des Auslandes und je höher die billigere Ausfuhr ist, um so höher wird die „Umlage“. Die einzelnen Zechen müssen jährlich hunderttausende Mark Syndikatsumlage zahlen! Da die Güttengeden für ihren hohen Selbstverbrauchsumlagefrei sind und die Nichtsyndikatszweigen natürlich gar keine Umlage zahlen, so fällt die ganze Last der Umlage auf die reinen Kohlen-

gehen, d. h. solche, die zu keinem Güttengeden gehören. Also, wir befinden uns in einer aufsteigenden Geschäftslage, nur die fehlerhafte Organisation und Preispolitik des Kohlen-Syndikats hat die unverdientliche Schächtervermehrung und damit eine Leberproduktion verschuldet, die wahrscheinlich selbst in einer Hochkonjunktur nicht ganz verschwindet.

Daß die Geschäftslage sich bessert, beweist auch die Ziffer der letzten Quartalsförderung. Im ersten Viertel 1911 stieg in Deutschland die Steinkohlenförderung auf 10,2 Millionen Tonnen (gegen 9,3 Millionen Tonnen im ersten Viertel 1910), die Braunkohlenförderung von 16,1 auf 18,5, die Holzschlagförderung von 5,8 auf 6,3 Millionen Tonnen. Und bei dieser Sachlage bemüht sich der „Bergknappe“, durch Zusammenströmen von schlechten Nachrichten Stimmung gegen die Lohnbewegung der Bergleute zu machen. Einfach skandalös!

der christlichen Gewerkschaften" und erstete für seine Darlegungen lebhaft Zustimmung. Der Erfolg des Gehörten blieb nicht aus, indem einige Neuanmeldungen gemacht wurden. Die stärkste Mitgliederzahl weist die Zahlstelle Urbach des christlichen Metallarbeiterverbandes mit nahezu 80 auf. Mögen die anderen Berufsorganisationen daher diesem Beispiel folgen, damit die Arbeiterkraft dahier bis zum letzten Mann in den christlichen Gewerkschaften organisiert ist. In der Diskussion wurde ernstlich für eine rege Agitation das Wort ergriffen. Lasse man nun die Taten folgen."

Wie diese "Taten" aussehen, zeigt der Inhalt des nachfolgenden Schreibens:

Borz-Urbach, den 7. April 1911.

Herrn B.

Es wird hier das Gerücht verbreitet, daß Sie als Mitglied des kath. Arbeitervereins nebenbei der Berufsorganisation der freien Gewerkschaften angehören. Der Vorstand des kath. Arbeitervereins Urbach richtet die freundliche Bitte an Sie, eine Erklärung abzugeben zu lassen, ob Sie gewillt sind, in die christlichen Gewerkschaften überzutreten. Denn es läßt sich doch nicht gut in Einklang bringen, Mitglied der konfessionellen Arbeitervereine zu sein, zugleich aber auch Mitglied der freien Gewerkschaften zu sein. Daher erücht Sie der Vorstand des kath. Arbeitervereins Urbach, ihm bis längstens Sonntagmittag eine schriftliche Erklärung zukommen zu lassen, ob Sie gewillt sind, Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes zu werden oder nicht. Sollten Sie Mitglied der gewerkschaftlichen Richtung sein und nicht zu uns überzutreten, so wird der Ausschluß aus dem kath. Arbeiterverein die Folge sein.

Der Vorstand des kath. Arbeitervereins Urbach."

Dieses Schreiben zeigt, mit welchen Mitteln es der christliche Metallarbeiterverband in Borz-Urbach auf „nahezu“ 80 Mitglieder gebracht hat. Wenn die übrigen christlichen Berufsorganisationen dem Beispiel des Metallarbeiterverbandes folgen, wie es der Wunsch des Berichterstatters der „Volkzeitung“ ist, so wird man es ja in Borz-Urbach noch weit bringen. Der Brief an den Herrn B. hat nämlich die erhoffte Wirkung nicht gehabt. U. ist im Deutschen Metallarbeiterverband, dem er schon über zwei Jahre angehört, geblieben, und zwar deshalb, weil er weiß, daß seine Interessen im Deutschen Metallarbeiterverband besser gewahrt sind als im christlichen, trotzdem der „Katholik Herr“, der Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Gießerei Humboldt ist, weiblich über das Verhalten der freien Gewerkschaftsführer geschimpft hat. Der Fall ist zugleich ein neuer Beweis dafür, daß die freien Gewerkschaften die religiöse Ueberzeugung ihrer Mitglieder nicht antasten.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

„Mittelstandsretter“ im Kampf gegen die Konsumvereine in Rheinland und Westfalen.

Seit Jahrzehnten haben sich die indifferenten Massen des sogenannten Kleinhandels-Handwerkertums als Spielball eines skrupellosen parteipolitischen Demagogentums mißbrauchen lassen, ohne bei diesem grausamen Spiel auf ihre Rechnung gekommen zu sein. Ehrliche Politiker konnten dem gewerkschaftlichen Mittelstande nur empfehlen, durch höchstmögliche fachtechnische Selbstzucht und genossenschaftliche Selbsthilfe sich ihren Kampf ums Dasein im modernen Wirtschaftslieben auszuhalten zu lassen. Sie mußten alle jene Mittelstandsbestrebungen, die auf eine *U s a h m e g e s e l a b u n g* gegen bestimmte Kleinhandel und Handwerk beunruhigende Formen des Wirtschaftslieben, wie z. B. Warenhäuser, Filialgeschäfte, Konsum- und andere Genossenschaften, oder gar auf eine Entrechtung bestimmter Volksschichten, vornehmlich Arbeiter und Beamten, im Interesse einer geringen Anzahl zurückgebliebener Kleinhandlender und Handwerker hinarbeiten, strikte ablehnen.

Solche ehrliche Politiker wurden sehr bald als „Vernichter des Mittelstandes“ bezeichnet. Erst kürzlich noch in einer für die Mittelstandsretter ungemein kläglich verlaufenen „großen“ Protestversammlung gegen die Konsumvereine, am 19. März in Köln, sprach der Generalsekretär des Mittelstandsbundes für Handel und Gewerbe, Bergmann, Berlin, gelassen die Worte aus: „Selbsthilfe empfehlen uns unsere falschen Freunde.“

Staatshilfe erscheint dem Gros der Mittelständler verlockender und trotz allen bisherigen An-der-Nase-Herumführrens läßt es sich immer wieder an den parteipolitischen Karren spannen. Höhere Umsatzsteuer der Warenhäuser und Konsumvereine, Verbot der Beamtenkonsumvereine, überhaupt Verbot der Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen, gesetzliche Festsetzung der Mietvergütung auf höchstens 2 Prozent bei gleichzeitiger Umsatzsteuerung von 5 Prozent und dergleichen unvernünftige und ausfischende Versprechungen mehr sind der Räder, der dem Mittelstand von skrupellosen politischen Demagogen vorgehalten wird. In Hoffnung auf geschliche Hilfe vernachlässigt er dabei die so dringende nötige genossenschaftliche Selbsthilfe.

In neuerer Zeit hat besonders in einigen Orten Rheinlands und Westfalens eine ziemlich geräuschvolle mittelständlerische Heise gegen die Konsumvereine eingesetzt. In *M i n d e n - G l a d b a c h* hat sich kürzlich eine Kleinhandlertorganisation unter dem Namen „Verein zur Aufrechterhaltung des Lebensmittelhandels und verwandter Branchen“ gebildet, die unter der Führung von Großhändler steht, die selbstverständlich als Gegenleistung für die Unterstützung der Kleinhandlertorganisation im Kampf gegen die Konsumvereine die Aufhebung der Kleinhandlerters Einkaufsgenossenschaften fordern. Der Kundige sieht hier sofort den Wolf im Schafspelz; denn außer der auffallenden Kongregation des Kleinhandels im Warenhaus arbeitet viel einschneidender an dem Ruin des Kleinhandels das Kapital, das den kleinen Händlern zwar den scheinbaren Wahn der Selbstständigkeit, ihm das Recht und das Vergnügen läßt, selbst zu firmieren, während sie in Wirklichkeit doch nur Pflanzlinge sind.

Reider muß gesagt werden, daß einzelne *K o m m u n a l e*, staatliche und *M e i s t e r s c h e d e n*, wovon die Post- und Eisenbahnbehörde vor dem Geheiß einer kleinen Gruppe wirtschaftspolitischer Wirtspolier sich vom Standpunkt der Gerechtigkeit ihren Unterstellungen gegenüber haben verdrängen lassen, indem sie diese direkt oder indirekt zum Austritt aus dem Allgemeinen Konsumvereinen, unter dem Vorwande, daß sie sozialdemokratisch seien, nötigten, ohne sie aber für den daraus entstehenden finanziellen Verlust zu entschädigen. Solches Beispiel von Staats- und Reichsbehörden kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf solche Gruppen des Wirtschaftslieben bleiben, denen die erforderliche Staatskraft der Anpassung an die neue Zeit fehlt und deshalb im Bekarungsstadium verbleiben, während sie sie herum alles fortstreitet. Die von Staats- und Reichsbehörden gemißhandelten faillitierten Degradierung bestimmter Berufsklassen, hier der Beamten, zu Staatsbürgern zweiter Klasse, hat bei den Annungen in *S t o l b e r g* im Rheinland gewisse Nachahmungen gefunden. Am 12. April wurde einer Anzahl von Handwebern, die Mitglieder des Allgemeinen Konsumvereins für Stolberg und Umgegend sind, folgendes Schreiben zugestellt:

„Innungsausschuss der vereinigten Innungen.

In Herrn

Zuweislich Nr. der Mitgliederliste des Allgemeinen Konsumvereins sind Sie Mitglied von denselben. Wie der „Volkzeitung“ in seiner Nr. 2 vom 3. Januar d. J. und ff. Nummer 1 schreibt, gehören die beiden hiesigen Konsumvereine dem Samburg'schen Zentralverband an, der sich vollständig in sozialdemokratischem Fahrwasser befindet, vollständig mit der Sozialdemokratie eins sei.

Im tatsächlichen Falle dieser Angabe unterstützen Sie durch Ihre Mitgliedschaft die Sozialdemokratie mit.

Die Tendenz der Sozialdemokratie richtet sich nun bekanntlich auch gegen die Mittelstandsbestrebungen.

Ihre Mitgliedschaft widerspricht darum den Gemeingeistprinzipien wie auch der Standesehre.

Auf Grund unseres Beschlusses vom 9. Februar 1911, des gemeindefachlichen Beschlusses der Innungsvorstände in der Verammlung vom 21. Februar 1911 und des Beschlusses vom 10. April 1911 werden Sie nun zunächst eruchtet, aus den oben angeführten Gründen aus dem Verein auszutreten.

Eutprechend dem Schluß des Geschäftsjahres und der Kündigungsfrist muß die Kündigung bis zum 31. Mai erfolgt sein.

Achtungsvoll! Der Vorstand, gez. Fr."

Nichtig gestellt sei zunächst, daß der „Volkzeitung“ in Sachen nicht selbst die ihm unterworfenen Neuzugungen über den vollständig in sozialdemokratischem Fahrwasser segelnden Zentralverband deutscher Konsumvereine getan hat, sondern daß er nur über eine Reklamierung berichtet, in der der bekannte Konsumvereinszerplitterter Peter Schlot (Mülheim), ähnliche Neuzugungen gemacht hat.

Erst auf je gefährlicher Grundlage findet also der Innungsausschuss Gelegenheit, sein Verbot zu fällen. Auf eine Widerlegung des

Inhalts wollen wir verzichten. Jeder anständige Mensch, der sich mit der Konsumvereinsbewegung in freundschaftlicher oder geneigter Weise beschäftigt, weiß, daß die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften sich nicht selbst sozialdemokratisch nennen, daß sie sich nicht bestimmten von der sozialdemokratischen Partei unterscheiden und daß daher die mit derartigen gesellschaftlichen Verbindungen erfolgte Abkehr nur auf eine Schädigung der Konsumvereine hinzielt.

Mitgliedliche haben noch nicht alle Handwerksmeister das Gefühl für ihre Würde verloren. In der „Neuen Stolberger Zeitung“ vom 15. April veröffentlichten mehrere Handwerksmeister folgende entchiedene

„Erklärung“

Der Vorstand des Innungsausschusses hat in den letzten Tagen eine Anzahl hiesiger Handwerksmeister, die Mitglieder des Allgemeinen Konsumvereins sind, brieflich „erwart“, aus diesen Vereinen auszutreten, weil „durch ihre Mitgliedschaft die Sozialdemokratie unterstützt werde und weil diese Mitgliedschaft dem Gemeingeistprinzip wie auch der Standesehre widerspricht.“

Wir erklären hierzu, daß wir dem Vorstand des Innungsausschusses ganz energisch das Recht beistimmen, sich in unsere privaten Angelegenheiten einzumischen, und wir verbitten uns die Zusage solcher beleidigender Briefe für die Zukunft ganz entschieden. Daß wir durch unsere Mitgliedschaft im Allgemeinen Konsumverein die Sozialdemokratie unterstützen sollten, dafür möge der Innungsausschuss-Vorstand einmal den Beweis bringen, indertfalls wir solche Behauptungen als Verleumdung zurückweisen müssen.

Was unsere Standesehre betrifft, so glauben wir uns auch hierin noch mit dem Schreiber solcher Briefe, die nicht einmal eine persönliche Unterschrift tragen, in jeder Beziehung messen zu können.

Mehrere Handwerksmeister."

Die Kühnheit des Stolberger Innungsausschusses läßt sich tatsächlich kaum noch überbieten. Nur ein Bruchteil derselben zur genossenschaftlichen Selbsthilfe des Mittelstandes angewandt gegen die Kapitalmagnaten jeder Art, Fabrikherren, Kaufleute, Bankiers, würde dem Mittelstande im Handel und Handwerk mehr dauernden Nutzen bringen, als alle brutalen und kleinlichen Kampfmethoden gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine.

Internationale Kundschau.

Der internationale Bergarbeiterkongress

wird diesjährig in London abgehalten. Er wird am 24. Juli, vor-mittags 10 Uhr, eröffnet werden. So hat eine Sitzung des internationalen Komitees beschlossen, an der Delegierte aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Oesterreich und Deutschland teilnahmen. Die Komiteesitzung tagte diesmal in *V a c h e n*; sie beschäftigte sich auch mit der Beschäftigung in der Bergwerksindustrie und dem Stand der bergmännischen Lebensbewegungen in Südwales, Oesterreich, Belgien und Deutschland.

Unsere junge holländische Bruderorganisation,

der niederländische Minenarbeiterverband, hat im Jahre 1910 einen erfreulichen Fortschritt gemacht. Während die Monatsbeimnahme der Zentralkasse im Jahresanfang unter 350 Franken blieb, stieg sie zum Jahresschluß hin auf über 400 Franken. Mit einem Kasstand von 04,2 Fr. betrug die Jahresbeimnahme 5082,19 Fr. Ausgegeben wurde u. a. für Verwaltung 220, für Meise- und Dienstunterstützung 117,05, für Bureaukosten 236,05, für Zeitung, sonstige Drucksachen und Expedition 898 Fr. Am Jahresschluß verblieb ein Vermögen von 1588,46 Fr.

Knappschaffliches.

Unterstützungsrechte der Arbeiter im Minden-Ravensbergischen Knappschaffsverein.

Es gibt leider noch eine Anzahl winziger Knappschaffsvereine in Deutschland, wovon der Minden-Ravensbergische mit seinen annähernd 500 Mitgliedern durchaus nach nicht der kleinste ist. Daß so kleine Vereine ihren Mitgliedern nichts bieten können, liegt auf der Hand. Deshalb geht auch das Bestreben des Bergarbeiterverbandes dahin, alle diese kleinen Vereine zu größeren und damit leistungsfähigeren Vereinen zu verschmelzen. Ist auch nun der Minden-Ravensbergische Verein noch nicht der kleinste, so gibt er doch ein typisches Bild dafür, welche Zammerrenten die Arbeiter von solchen Vereinen erhalten und wie zwecklos so kleine Vereine für die Arbeiter sind.

Der Minden-Ravensbergische Knappschaffsverein zählt nach seinem Statut z. B. den inaktiven Arbeitern

nach Dienstjahren	Rente jährlich	das ist wöchentlich
	M.	M.
5	60	1,15
10	120	2,30
15	135	2,65
20	150	3,00
25	165	3,35
30	180	3,70

Mit 25 Dienstjahren hört's beim Bergmann im allgemeinen auf und dann winkt ihm hier die horrende Rente von 3,57 M. wöchentlich! O, ihr Vergleiche in diesem Verein, wie ist für euch doch gesorgt, bis in das hohe Alter hinein! Daß bei einer solchen Verteilung der Arbeiter tatsächlich betteln gehen muß, brauchen wir nicht erst darzulegen. Eine Witwe erhält, wenn der Mann 25 Dienstjahre hinter sich hat, gar nur 124 M. im Jahre. Das Schöne leistet sich dieser Verein aber nach § 43 seines Statuts. Danach werden die Renten erst nach Ablauf eines jeden Vierteljahres gezahlt. Also der Bergmann, der 25 Jahre lang, vielleicht hunderttausende Werte für die Allgemeinheit geschaffen hat, erhält dann eine Zammerrente von 3,57 Mark wöchentlich und muß darauf noch ein ganzes Vierteljahr warten. Wieviel schämt man sich, dieses Bettelgeld monatlich zu zahlen, oder ist die Hungerfrist von einem Vierteljahre etwa deshalb eingeführt, damit sich der arme Unvalide tothungert? Nun, die Kameraden dort zeigen jetzt den ersten Willen, durch die Organisation sich Besserung zu verschaffen, es wird auch ihre Aufgabe sein, ihr Knappschaffswesen zu reformieren und zwar gründlich.

Sillegung der Steinkohlengrube Brücken.

Bei *B r ü c k e n* in der Pfalz wurde bisher ein kleines Steinkohlenbergwerk betrieben und zwar nach der Betriebsmethode und Technik aus der Zeit *A l b r e c h t d e s B ä r e n*, weshalb es mit den Betrieben der Neuzeit nicht konkurrieren konnte und eingehen mußte. Die Föhrverhältnisse waren keine günstigen, sehr niedrig und schwer abzubauen, dafür jedoch die Kohle eine vorzügliche Qualität und in der ganzen Gegend als Hausbrandholz gesucht und geschätzt. Doch dem Werk fehlte der Bahnananschluß und außer einer recht primitiven Fördermaschine alle maschinellen Hilfsmittel, so daß die Kohlegewinnung trotz der geradezu jämmerlichen Löhne dennoch recht löpfiglich wurde, und da das Werk schließlich keine Ueberschüsse mehr abwarf, legten die Besitzer es am 15. März d. J. still, entließen die sämtlichen Arbeiter, während der einzige Beamte wenige Tage vorher gestorben war und somit dem Schicksal der Entlassung entging. Für die entlassenen Bergarbeiter, die fast durchweg durch den Besitz eines Hauschens anständig und bodenständig sind, entstanden dadurch nach zwei Richtungen Schwierigkeiten: Erstens müssen sie sich eine neue Arbeitsstelle, einen neuen „Brotgeber“, suchen und zweitens gilt es, die erworbenen Knappschaffsrechte zu sichern. Diese können jedoch nur gesichert werden, wenn ein anderer Knappschaffsverein die Mitglieder des Brückener Knappschaffsvereins mit allen Rechten und Pflichten übernimmt, was ja nur durch Anlegung der arbeitslosen Vergleute auf einer derjenigen Gruben geschieht, deren Arbeiter dem übernehmenden Verein angehören, wogegen sich aber die bisher angegangenen Werke geirraubi haben. Die Vorstandskollegen haben sich an die Verwaltungen der Gruben *S t. J u g e r t*, *M i t t e l b e r g* und *d e n p r o k r i s t l i c h e n S a a r f i s t u s* gemandt, die Gesamtbelegschaft der stillgelegten Grube Brücken und damit auch die knappschafflichen Rechte und Pflichten zu übernehmen, was jedoch von allen abgelehnt wurde.

Daraufhin haben sich nun die Mitglieder mit folgendem Gesuch bezw. Antrag an das *K g l. O b e r b e r g a m t* nach *M i n d e n* gewandt:

B r ü c k e n, den 18. April 1911.

Die unterzeichneten Mitglieder des Knappschaffsvereins des am 15. März d. J. stillgelegten Steinkohlenbergwerkes Brücken eruchen bezw. beantragen beim *K g l. O b e r b e r g a m t* gemäß § 84 unserer

Satzungen und Artikel 223 des bayerischen Berggesetzes vom 30. Juli 1900, die Erfüllung aller Verbindlichkeiten an die Mitglieder dauernd sicherstellen zu wollen."

Eine dauernde Sicherstellung aller Verbindlichkeiten ist jedoch nur möglich, wenn die Kasse fortlaufende Einnahmen aus Mitgliederfreisen hat, was aber nach Stilllegung des Werkes nicht mehr der Fall ist, und so können die Verbindlichkeiten nur durch Angliederung unseres Vereins an einen anderen mit Uebernahme aller Rechte und Pflichten sicher gestellt werden. Eine Nichtangliederung an einen anderen Knappschaffsverein würde zur Folge haben, daß nach unserer Berechnung das vorhandene Kasstandvermögen von 68000 Mark in sechs bis acht Jahren aufgebraucht wäre und alle bis dahin noch nicht pensionierten und noch lebenden schon pensionierten Mitglieder ihrer Rechte verlustig gingen. In eine Aufteilung des Vermögens, selbst nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten, geschieht unzulässig in, eine Auflösung der Mitglieder nach § 21 der Satzungen kaum durchführbar ist, sind alle noch vorhandenen Mitglieder gemittelt, von dem gesetzlichen Recht, durch Fortzahlung einer Anerkennungsgeldhöhe Art. 203 des bayerischen Berggesetzes, ihre erworbenen Ansprüche aufrecht zu erhalten, für deren Sicherstellung das *K g l. O b e r b e r g a m t* als Aufsichtbehörde die Verantwortung mit trägt.

Die einfachste und nach unserer Meinung die einzige Lösung der Angelegenheit ist die Uebernahme unseres Vereinsvermögens durch den *S t. J u g e r t - B e r g b a u* Knappschaffsverein mit allen Rechten und Pflichten, wie es seitens unserer Vertreter, den Herren Knappschaffsältesten bereits beantragt worden ist. Dieser Antrag hat, wie wir hörten, auf Widerspruch, sowohl in *S t. J u g e r t* wie auch in *B e r g b a u*, gestochen, weil nach dem Antrage mit Uebernahme des Kasstandvermögens auch die sofortige Anlegung der Mitglieder auf einer der künftigen Gruben erfolgen müsse. Die sofortige Anlegung einer größeren Anzahl Arbeiter sei jedoch momentan aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich und wollen auch wir uns diesen Gründen durchaus nicht verschließen. So sehr wir wünschen, daß eine sofortige Anlegung aller jetzt arbeitslos gewordenen Kameraden erfolgen würde. Um jedoch zunächst unsere knappschafflichen Rechte dauernd zu sichern, würden wir die sofortige Anlegung der Mitglieder unseres Vereins auf den künftigen Steinkohlengruben für *S t. J u g e r t* und *M i t t e l b e r g* nicht von der Uebernahme der knappschafflichen Rechte und Pflichten abhängig machen, würden uns damit zufrieden erklären, wenn uns die Anlegung nach und nach zugesichert wird. Die zunächst noch nicht angelegten Kameraden würden dann durch Fortzahlung der Anerkennungsgeldhöhe ihre Rechte aufrecht erhalten und bis zu ihrer Anlegung sich anderweitige Beschäftigung suchen.

Wir bitten, im Sinne unseres Antrages zu entscheiden, damit unsere Rechte und die Rechte unserer Frauen und Kinder gewahrt bleiben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Die Mitglieder des Knappschaffsvereins des Steinkohlenbergwerkes Brücken."

(Folgen die Unterschriften.)

Wir sind der Auffassung, daß das *K g l. O b e r b e r g a m t* nicht anders kann, als dem Antrag zuzustimmen, da es als Aufsichtbehörde die Erfüllung aller Verbindlichkeiten dauernd sicherstellen muß und dazu gibt es keinen anderen Ausweg, als den die Arbeiter hier vorgeschlagen haben. Herr *B e r g a t S a g e m a n n* meinte, daß es möglich sei, das *O b e r b e r g a m t* würde auf Antrag der Mitglieder in eine Aufteilung der Kasse unter die Mitglieder einwilligen, was jedoch nach Gesetz und Statut unzulässig ist und zwar auch dann, wenn alle Verbindlichkeiten erfüllt sind. Auch hier hat sich Herr *S a g e m a n n* wieder als ein schlechter Berater der Arbeiter und ebenso schlechter Vertreter des bayerischen Berggesetzes gezeigt. Der Fall zeigt uns weiter die Nachteile der Betriebs- und Werkskassen und wie verheerend die Forderung der Bergarbeiterverbände ist: Zusammenlegung aller vorhandenen Werkstattnknappschaffsvereine zu großen Revieren, aber gar Landes-Knappschaffsvereinen mit Gegenseitigkeitsverträgen. Für die Pfalz bestehen für die 19000 Verarbeiteten vier Knappschaffsvereine, die sehr gut zu einem pfälzischen Knappschaffsverein verschmolzen werden könnten und sollte das *O b e r b e r g a m t* gleich mit *F r a n k e n h o l z* verhandeln, daß auch dieses dem *S t. J u g e r t - B e r g b a u* angegliedert würde. Der *F r a n k e n h o l z* Knappschaffsverein besitzt bei 2107 Mitgliedern ein Gesamtvermögen von 1 000 443,48 M., oder 948,98 M. auf den Kopf des Mitgliedes. Dieser Verein hat sich im letzten Jahre zwar gut entwickelt, hat die Einnahmen und das Vermögen gesteigert, aber mit der Zeit blüht ihm dennoch dasselbe Schicksal wie dem Brückener; deshalb heuge man in der Zeit vor, dann bleibt die Not erspart!

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

B e t t e B r a s s e t. Schon des öfteren mußten wir uns mit dieser Sache befassen. Trotz wiederholter Beschwerden über die Mischkante mit ihren sechs Frauen für eine Belegschaft von annähernd 400 Mann, hat man sich nicht veranlaßt gesehen, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Das Wasser ist sehr salzig und die Kante trocknet vor Schmutz. Die Lampenbude löst viel zu wünschen übrig, auch werden die Lampen sehr schlecht gereinigt. Lange muß man am Schalter auf das schmutzige Ding warten, ehe es ausgeschändigt wird. In der Hängebank (Schacht II) befinden sich Löcher, die richtige Mausefallen für die Arbeiter bilden. Am *R ä h l o r t* ist es nicht besser; Holz, Schienen und sonstiges alte Gerümpel liegt unter und die Arbeiter sind froh, diesen gefährvollen Weg ohne Schaden passiert zu haben. Am Anschlag scheint nicht die nötige Aufmerksamkeit zu herrschen, somit könnte es nicht vorkommen, daß der Storb öfters ohne Signal ausgezogen wird, wie es am 14. April passiert ist. Hier scheint der Brunnen nicht eher zugedeckt zu werden, bis das Kind drinnen liegt. Als ein großer Hebelstand ist es zu bezeichnen, daß die Arbeiter des nonwendigen Holz zum Verkaufen sich vom Schacht holen bezw. mitnehmen müssen. Hoffentlich wird dieser Hinweis genügen, um die bestehenden Mißstände zu beseitigen.

S e c h e G w a l d III und IV. Hier wird geklagt, daß die Brückenkontrollen sehr viele Kohlen als „unrein“ bezeichnen und freizehen, ohne in allen Fällen genau nachzuprüfen, ob und in welchem Maße das der Fall ist. Beschwerden beim Betriebsführer hätten wenig oder gar keinen Erfolg. Die Arbeiter haben doch an unreinen Häßbergrüben keine Schuld, und man soll doch sehr gewissenhaft prüfen, bevor man sie verantwortlich macht und Verurteilungen ertheilt. Das Ueberprüfungsverhalten reißt auch immer mehr ein. Arbeiter, welche Mißtäglichkeit haben, werden manchmal wieder umgeschickt und müssen um 6 Uhr, dann aber natürlich auf 1 1/2 Schicht, anfahren. Am Revier des *S t e i g e r s* §. ist es im Jahrsticht sehr naß, so daß die Arbeiter durchnäßt werden, wenn sie ihn passieren müssen. Läßt sich da wirklich keine Besserung schaffen? Wenn die Arbeiter schon zur Ausfahrt kommen, ist *S t e i g e r* §. manchmal noch stramm am Fördern und schreibt die Arbeiter an: „Verdammt Arktis, hört mir nicht die Forderung; Ihr habt wohl ein zu hohes Gedinge? Ich garantiere dafür, daß Ihr morgen nicht so früh am Rüt seid!“ Wir glauben, es ginge auch, wenn sich der *S t e i g e r* etwas nützte.

S e c h e S h a m r o d III und IV. Aufheimeud sucht man hier einen Reford zu schlagen im Betreff wegen Fördern unreiner Kohlen oder Mindermaß. Vom 15. bis 31. März wurden allein dafür 417,50 Mark und wegen sonstiger „Verbrechen“ 226 M., insgesamt also 643,50 Mark Strafen verhängt. Auf diese Weise soll wohl das alte Einbernehmen gestärkt werden? Die Arbeiter tragen aber daran keine Schuld, sondern in der Hauptsache die zu niedrigen Gedinge, Strecken und Bremsberge. Man sollte es unterlassen, den Arbeitern die Gedinge-schraube immer härter anzudrehen und auch die Nebenarbeiten be-gahen, damit es den Arbeitern auch möglich wird, den gestellten Anforderungen zu entsprechen. Auch dürften die Löhne erhöht werden, damit sie wenigstens in etwa in Einklang mit den teuren Lebensverhältnissen zu stehen können. Die vielfach herrschende Antreiberei ist auch sehr überflüssig und hat nur erhöhte Unfallzahlen zur Folge. *S t e i g e r* §. dürfte sich besserer Umgangsformen befleißigen. Die Wirklichkeit bei der Schicht am *S c h a c h t* IV läßt auch sehr zu wünschen übrig; manchmal wird den Arbeitern die Schichtzeit dadurch um eine Viertelstunde verlängert.

Königreich Sachsen.

S e d w i g s c h a c h t (Sachsen). Von hier gehen uns fortgesetzt Klagen über wenig rücksichtsvolles Verhalten mancher Förderleute zu. Reklamieren müssen sehr viel Schlam und viele Vergehende nach den Revieren transportiert werden. Was dieses an die Förderleute für Aufgaben stellt, kann nur der beurteilen, der solche Arbeiter einmal gemacht hat. Durch die schlechte Beschaffenheit der Strecken, wird dieser Verge- und Schlamtransport zur wahren Menschenquälerei. Wenn man die Waagen manchmal nicht fortzubringen sind, so kommen die

Derren Beamten und schimpfen, aber nicht etwa über die schlechten Straßen, sondern über den Fördermann. So ist es Herr Obersteiger Straburger, der mit „großer Faulenzerei“ und „nichts machen“ um sich wirft. Wir verstehen nicht, wie ein Beamter es über sich gewinnen kann, bei dieser Schinderei von Faulenzerei zu reden. Dem jungen Steiger Pleßig scheint die Organisation ein Dorn im Auge zu sein. Der Mann gibt den Kameraden den Rat, sich lieber für 40 Pf. Müst zu kaufen, als für den Verband zu zahlen. Wir möchten diesem jungen Herrn empfehlen, seinen guten Rat einmal beim Herrn Mauerberger vorzutragen. Daß es heute noch überhaupt Steiger gibt, welche über die Organisation der Arbeiter schimpfen, beweist nur, daß die Leute über ein recht mangelhaftes Verständnis verfügen. Gerade die Steiger hätten alle Ursache, sich ihrer Lage bewußt zu werden. Sie sind es doch gerade, welche unter der Fuchtel der Grubenherren jede eigene Meinung überlassen müssen.

Haasergrube (Grubendorf). Seit einiger Zeit wird den Anschlägen der Haasergrube zugunsten, nach der Schicht sich mit Umbauen auf dem 20. Querschlag nach einige Stunden die Zeit zu vertreiben. Nicht einmal Sonntag, selbst nach heftiger Schicht dürfen die betreffenden Arbeiter ausfahren, sondern auch da müssen sie überhört werden. Nun wird erzählt — was wir nicht genau feststellen können —, daß es für diese Arbeit keine Schichten gibt, sondern das Geld mit auf die ordentlich verfahrenen Schichten gebracht wird. Damit würde nicht nur der Durchschlößel künstlich gefesselt, sondern auch verhindert, das Verfahren von Ueberschichten festzustellen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Erbsollenkchaft (I. Abteilung). Seit längerer Zeit klagen hier in dieser Abteilung die Förderleute über mangelhaftes Schutten der Förderwagen. Aber alle Klagen sind bisher erfolglos geblieben, so daß viele von ihnen aufgeben und sich nach anderen Stellen begeben. Die Verwaltung im Besitzung dieses Arbeitsstandes zu erfassen. Oft sind dieselben in einem Zustande, daß zwei Förderleute kaum imstande sind, einen Wagen von der Stelle zu bringen. Bei einigen guten Willen ließe sich dieser Mangel sehr leicht beseitigen, und ist zu hoffen, daß dies bald als möglich geschieht, um so mehr, da dies auch im Interesse der Verwaltung liegen dürfte. Auch möchten wir die Verwaltung ersuchen, den Ausschick Dünster zu empfehlen, daß er seine Kraftausdrücke gegenüber den Arbeitern unterläßt; da dieselben seinen Anordnungen genau so willig nachkommen, wenn sie auch in anständigem Ton und anständiger Form erteilt werden.

Eigen Gottes (Grube Altwasser). Als einen großen Missetat betrachten es die Kameraden der II. Abteilung, daß im Querschlag II, alter Berg I, der Vorfall nicht eher geleert wird, als bis die Wässer auf dem Not herumtriefen. Die Behandlung durch den Ausschick läßt viel zu wünschen übrig. Wenn seiner Meinung nach die Schleppe zu wenig gefördert haben, so heißt es bei ihm ganz einfach: „Hier werde ich als Arbeiter herant, die letzten mehr als ihr.“ Daß die Strecken in Ordnung gehalten werden, das scheint Herrn Zahl nichts anzugehen. Heute müssen sich die Schleppe mit Schindeln in diesen eisenen Böckern, sie würden gern mehr leisten, wenn die unnötige Quälerei beseitigt würde. Zum Schluß eine Frage, die die Bergbehörde ebenfalls interessieren dürfte: An Bergverwalter Müller! Wie kommt es, daß der reichste Sicherheitsmann auf Schindelmännchaft, trotzdem er schon ein halbes Jahr im Amte ist, noch kein einziges Mal seine Abteilung befahren hat?

Saargebiet und Reichslande.

Schacht August Thissen. Hier bei der Saar und Mosel-Vergewerksgesellschaft wird von der Gewerkschaft Deutscher Kaiser aus Westfalen ein Schacht abgeteuft, welcher den schönen Namen August Thissen hat. Wer aber glaubt, daß hier alles in Ordnung ist, der soll nur einmal in die Waschküche hineingehen. Diese Waschküche gleicht eher einem Schweinestall als einer Waschküche. Schon seit sechs Wochen ist hier der Dreck nicht ausgefegt worden, viel weniger mit Wasser ausgespült. Ganz ausgiebig und sich am ganzen Körper waschen, ist überhaupt nicht möglich, denn man kann sich nicht mal mit den Strümpfen auf den Boden stellen vor lauter Dreck. Auch kann man sehen, wie sich die Kameraden fragen, wenn sie die Arbeitseimer anziehen, denn dieselben stinken voll Ungeziefer. Auf Beschwerde beim Betriebsführer Händer wurde erklärt, das gehe der Gewerkschaft Deutscher Kaiser nichts an, sondern das wäre Sache der Saar und Mosel-Vergewerksgesellschaft. Die Arbeiter hatten letzten Winter schon eine Eingabe dorthin gemacht wegen dieser Waschküche. Auf diese Eingabe hin wurden mal die Löhner ein bisschen zufriedigt; dies war aber auch alles. Ein Bediensteter wurde nicht ange stellt, was die Arbeiter damals verlangten. Ist es doch schon vorgekommen, daß Feinden und Schiffe gestohlen wurden. Alles Besondere nützt hier nichts, müßten müssen wir uns an die Öffentlichkeit wenden. Es wäre zu wünschen, daß Herr Direktor Blade von Saar und Mosel, der ja mit dem Automobil von einer Seite zur andern fährt, mal hierher käme und sich diese Schweinerei ansehen würde. Wir glauben, daß er in diesem Fall Abhilfe schafft.

Grube Pauline Montois. Der hiesigen Grubenverwaltung wäre zu empfehlen, den Anschlägen zu injizieren, Kameraden, die in der Grube plötzlich krank werden, ausfahren zu lassen. So passierte es einem Kameraden, daß er am 18. April abends, plötzlich vom Unwohlsein befallen wurde. Als er zum Schacht kam, um auszufahren, wurde ihm vom Anschläger gesagt, es sei ihm unbefohlen worden, keinen herauszulassen, der Kamerad müsse erst den Steiger jucken. Auf Vorhalt des Kameraden, was es für Folgen haben könne, wenn er warten müsse, ließ ihn der Mann endlich ausfahren. Der Kamerad, welcher Blut spuckte, wandte sich am andern Morgen an den Arzt, der ihm sagte, er sei überarbeitet, ihn aber nicht krank schrieb. Als er nun zur Mittagsschicht wieder anfuhr, kam der Steiger zu ihm, der nicht glauben wollte, daß er am Abend vorher unpaßlich geworden sei und bewillkommene ihn mit den Worten: „Sie Blumacher, sind Sie jetzt nicht mehr krank?“ Doch am 20. April abends wiederholte sich der Krankheitsfall des Kameraden, der Anschläger erklärte aber, ihn nicht mehr herauslassen zu können, da er am Tage vorher abgemudt worden sei deswegen. Der Kamerad war nun gezwungen, erst in der ganzen Grube herumzulaufen, bis er den Steiger fand. Erst für den Kapitalismus kaputtgeradert, dann wird man zum Lohn Blumacher genannt und gezwungen, noch lange umherzulaufen und zu bitten, wenn einen eine Krankheit im unrichtigen Kerker übermann. Das ist das Los des Erzgräbers! Doch wir wollen keine jüdischen Straflinge sein, sondern freie Arbeiter, die für das von ihnen Geschickte ihren Lohn bekommen, der ja hier gering genug ist gegenüber den Dividenden der Drogen; aber wenn uns ein Unwohlsein befallt, muß es uns freistehen, auszufahren. Hier könnten schon längst bessere Zustände sein, wenn die Arbeiterschaft zusammenhalten wollte, aber man sieht die paar Pfennige für die Organisation, wechelt ständig die Arbeit, und es fehlt besser, meistens schlechter zu finden. Erst in der Not und wenn ihnen ein Unfall zugestoßen ist, wissen verschiedene die Organisation zu finden, um nachdem ihnen geholfen, sie wieder zu verlassen. Hofft euch doch endlich auf, Kameraden, hinein in den Verband, bringt die Mitglieder auf den Gruben an die Öffentlichkeit, dann ist der starke Wechsel nicht mehr nötig, dann werden auch hier bessere Zustände eintreten.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zumbusch gegen die Polen.

Unserem sanften Heinrich am „Bergknappen“ genügt es schon nicht mehr, den geliebten „Dreibund“ im Gewerkschaftsorgan totzuschreiben. Sanft-Heinrich benutzt nun auch auswärtige Blätter, um die Polen nach der wunderbar nachempfundenen h a k a t i i j e n Methode zu vernichten. In der „Allgemeinen Rundschau“ (München) lagert Heinrich Zumbusch einen seltenen Hut- und Verdächtigungsartikel gegen die nationalpolnische Bewegung ab, aus dem uns folgende Stellen interessieren:

Die nationalpolnische Bewegung im Ruhrgebiet hat seit ihrer Enttarnung der Sozialdemokratie in hiesigen Kreisen große Genugtuung gefunden. Die polnische Berufsvereinigung. Nicht nur, weil sie die eigentlichen Zusammengehörigen christlichen Elemente gespalten und damit deren Stützpunkt gegenüber der politischen und gewerkschaftlichen sozialdemokratischen Bewegung arg geschwächt hat. Sie hat letztere auch durch die Art ihrer Agitation gefährdet. Ja sie nicht selten sogar direkt untergraben. Bevor die nationalpolnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufkam, gingen hier die Polen politisch mit dem Zentrum und, soweit sie sich gewerkschaftlich betätigten, mit den christlichen Gewerkschaften. Sollten

die nationalpolnischen Agitatoren ihre Landsleute für ihre Bewegung gewinnen, so müßten diese dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften absperrlich gemacht werden. Das war nur durch eine systematische Verdrängung möglich. Sie wurde denn auch in rücksichtslosster Weise mit den von der Sozialdemokratie entlehnten Waffen betrieben. Die Verdrängungen der sozialdemokratischen Presse gegen Zentrum und christliche Gewerkschaften wurden meist glatt übernommen. Bei öffentlichen Aktionen stand die polnische Berufsvereinigung in den letzten Jahren auch stets an der Seite des sozialdemokratischen Verbandes. So im Jahre 1905 in der Frage der Wahl der durch das preussische Vergesetz eingeführten Arbeiterauschüsse, im Jahre 1908 beim Vergarbeiterkongreß in Berlin und der Beurteilung der Sicherheitsmänner im Bergbau; und in den letzten Monaten bei der Lohnbewegung im Ruhrgebiet. Zur Verteilung ihrer nur im Interesse der Sozialdemokratie liegenden Haltung bringen die nationalpolnischen Führer immer wieder die gleichen Argumente vor wie die sozialdemokratische Presse und müssen Zentrum und christliche Gewerkschaften stets herhalten. Ganz natürlich, daß die von der nationalpolnischen Agitation erfahnten Polen, die sich in der Regel über die strittigen Fragen selbst kein Urteil bilden können, das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften für das größte Übel ansehen.

Bei Wahlen zeigen sich die Wirkungen. Abgesehen von der letzten Landtagswahl wählte die Mehrzahl der Polen im Westen bei den politischen Wahlen, zum Teil schon bei der Hauptwahl, meist aber erst bei der Stichwahl sozialdemokratisch. Bei den sozialen Wahlen machte sich die Unterwerfung der Sozialdemokratie noch stärker bemerkbar. Seit Jahren unterstützen z. B. die Radikalen bei Wahlen den sozialdemokratischen Vergarbeiterverband. Durchweg ohne jede Gegenleistung. Jedes Kompromiß mit dem christlichen Gewerkschaften wird abgelehnt. Und zwar nicht von den einzelnen Ortsgruppen, sondern auf Veranlassung der Führer. Ein Zusammengehen der christlichen Gewerkschaften mit den außerhalb der christlichen Gewerkschaften stehenden Polen ist nur an den wenigen Orten zu erzielen, an denen die nationalpolnischen Führer keinen Einfluß haben. Der sozialdemokratische Verband verkauft seine Wahlerfolge und seine Mehrheit im Allgemeinen Anknüpfungspunkte zu Wahlen in erster Linie den Nationalpolen. Ja, infolge der Taktik der radikalsocialistischen Führer ist es so weit gekommen, daß bei Wahlen viele Anhänger der polnischen Berufsvereinigung nicht mehr ihren eigenen, sondern die sozialdemokratischen Kandidaten wählen. Stellenweise sind sogar Berufsvereinigungsmitglieder aus Rücksicht auf den sozialdemokratischen Verband gegen die Aufstellung eigener Kandidaten. Selbst radikalsocialistische Blätter haben das schon zu. So „Narodowiec“, Herne, Nr. 118 vom 20. September 1910, „Kuryer Poznański“, Posen, Nr. 217 vom 22. September 1910, und „Kuryer Śląski“ des Abgeordneten Sarfanti, Katowitz, Nr. 220 vom 24. September 1910.

Wenn Sanft-Heinrich für diesen Artikel den Wahrheitsbeweis antreten müßte, würde es ihm so gehen wie mit seiner Behauptung, der „Heinrichsbrief“ stamme von einem Verbandsführer. Unser sanfter Heinrich besitzt eine bewundernswürdige Elastizität des Gedächtnisses. Er weiß, daß die polnische Berufsvereinigung bei den letzten Wahlen in schärfster Weise gegen unseren Verband kämpfte, er weiß, daß in den nationalpolnischen Flugblättern unsere Kandidaten so heftig wie nur möglich angegriffen sind, er weiß, daß die Gewerkschaften nicht durch eine „polnisch-sozialdemokratische Verbindung“, sondern durch das Teufelschicksal der genialen Gewerkschaftsführung mit den Zechenverwaltungen so heillos verdrängt worden sind — aber als unser sanfter Heinrich seinen Artikel für das Münchener Blatt schrieb, hatte er alles, was vorkam, vergessen. Jedoch, man gebe nur Geduld, eines Tages fällt ihm alles wieder ein und dann wird er selbst im „Bergknappen“ seinen Artikel in der „Allgemeinen Rundschau“ widerlegen. Ja, ein so elastisches Gedächtnis ist eine seltene Sache.

Wer gerecht sein will, muß zugeben, daß die separate Polenbewegung im Ruhrgebiet auch eine Folge der haherzeugenden, junkerlich-preussischen Unterdrückungspolitik ist. Wir haben stets die unheilvolle Bepflanzung der Vergleute in so und so viele Verbände bekämpft und tun es weiter. Wer aber gehässig, wie Zumbusch, über die Polenfrage schreibt, der liefert den Polenfreßern Wasser auf ihre Mühlen. Hat eine Verständigung der Arbeitsbrüder zu fördern. Zumbusch hat ja auch den Befehl der Galatien erzieht, wie aber die Zeitung der polnischen Berufsvereinigung über die Polenfrage des „christlichen Gewerkschaftsführers“ Heinrich Zumbusch urteilt, ist fraglos. Nach Gülters kommt nun Zumbusch mit der Zechenfreßerei.

Kann denn die geniale Gewerkschaftsführung nicht begreifen, daß trotz aller „Berührungspunkte“ die Polen keine Neigung für die „christlichen Führer“ empfinden, unter denen sich ja auch ein Franz Behrens befindet, der es als „nationaler Deutscher“ für seine Pflicht hält, ein gewerkschafts- und polenfeindliches Vereinsgesetz mit dem Sprachparagrafen zuzustimmen! Dieser erklärte Galatien befindet sich noch immer als Generalsekretär im Gewerkschaftsgeneralrat! Davon schreibt Sanft-Heinrich aber kein Wort! Ihm kommt es darauf an, die Polen und die Verbände als böse Zeitgenossen hinzustellen, die es gar nicht verdienen, mit nationalen Geldern wie Zumbusch, Güstes und Behrens dieselbe Luft zu atmen.

Es ist deshalb recht gefühlslos von der zechenfreundlichen „Rölnischen Zeitung“, daß sie (Nr. 459) alljünglich einen starken Guß Witterwasser in den brauenden nationalen Wein unseres verdienstvollen sanften Heinrichs gießt. Das für wahrhaft christlich-nationale Gefühlsäußerungen völlig empfindungslos Kölner Blatt schrieb nämlich zu der Zumbuscharbeit:

„Zu den bemerksamen Klagen des Abgeordneten Zumbusch muß noch eine besonders hervorgehoben werden. Es fehlt darin jede Selbstkenntnis. Wer waren denn die Lehrrichter der Polen für ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie im Industriegebiet? Niemand anders als das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1907 haben viele Tausende christlich organisierter Arbeiter und Zentrumswähler in Stichwahlen im Ruhrgebiet für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den bürgerlichen nationalen Kandidaten, selbst gegen einen nationalgefinnten Arbeiterkandidaten, den Ausschlag gegeben. Bei den Landtagswahlen im folgenden Jahre sind drei Zentrumswahlbezirke, nachdem sie der Sozialdemokratie schriftliche Erklärungen gegeben hatten, mit Hilfe der Genossen gewählt worden. Der christliche Gewerkschaften der Vergarbeiter, zu dessen Führern heute der Abgeordnete Zumbusch zählt, hat im Jahre 1905 Hand in Hand mit dem sozialdemokratischen Verband und der polnischen Vergarbeiterorganisation unter Verdrängung des großen Vergarbeiterverbandes begonnen, und Führer der christlichen Vergarbeiter sind auf die roten internationalen Vergarbeiterkongresse gezogen. Abgeordneter Zumbusch sagt, daß der sozialdemokratische Verband seine Mehrheit im Allgemeinen Anknüpfungspunkte in erster Linie den Nationalpolen verbande. Nein, in erster Linie den Führern der christlich organisierten Vergarbeiter. In den Kämpfen um die Anknüpfungspunkte in den Jahren 1907 und 1908 sind ebenfalls die Führer der christlich organisierten mit den Sozialdemokraten und den Polen gegangen und waren oft radikaler als die roten Führer. Damals haben die christlichen Führer die Verhältnismäßig für die Wahl der Arbeitnehmer zu dem Anknüpfungspunkte abgelehnt, trotzdem die Werksbesitzer und die Staatsregierung sie angeboten hatten, um für alle Fälle auch eine Vertretung der nichtsozialdemokratischen Arbeiter im Anknüpfungspunkte zu sichern. Durch die unbegriffliche Unbejammert der christlichen Führer, deren einer jahrelang den Vorsitz in der bekannten Siebenerkommission führte, hat heute der sozialdemokratische Vergarbeiterverband nicht bloß die Mehrheit unter den Arbeitnehmerbesitzern im Anknüpfungspunkte, sondern er verfügt über alle Sitze und hat den christlichen Gewerkschaften in dieser für die Vergleute überaus wichtigen Körperschaft für lange Zeit ganz ausgeschaltet. Wo man hinsieht in der Entwicklung der Dinge im Industriegebiet in den letzten Jahren, waren Zentrum und christliche Gewerkschaften sehr oft die Lehrrichter der Polen für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiet.“

O weh! Das durfte nicht kommen! Wenn einem selblos, christlich-nationalen Manne für seine Staatsretterei mit Prügel gedankt wird, dann kann der beste Mensch keine christlich-nationalen Grundzüge verlieren. Ober-glaubt die „Rölnische Zeitung“, unser sanfter Heinrich verfüge überhaupt nicht über Grundzüge?

Damit die Ehre werde, wenn sie gebührt, sei die „Rölnische Ztg.“ darauf aufmerksam gemacht, daß nicht der starke Herrmann Zumbusch, Landtagsabgeordneter von Zentrumsgraben, sondern sein Bruder, der sanfte Heinrich Zumbusch, Redakteur am „Bergknappen“, der preiswürdige Verfasser des gegen die Polen heftigen Artikels ist.

Ist das Privatität oder Wahnsinn?!

Wir lesen in der „Rölnischen Volkszeitung“ folgende Notiz: „Arbeitermangel beim Kohlenbergbau. Auf mehreren Zechen des Ruhrkohlenbezirks macht sich Mangel an Arbeitskräften fühlbar. Am meisten leiden darunter die im Süden und Osten des Bezirks gelegenen Bergwerke, die zum Teil eigene Arbeiterwohnungen nicht haben. Man versucht in der letzten Zeit, durch Erhöhung der Löhne Vergleute in größerer Zahl heranzuziehen, aber meistens nur mit geringem Erfolge. Der Mangel an Arbeitern ist hauptsächlich durch das Entziehen neuer Zechen und Schächte, welche auf die Arbeiter besondere Anziehungskraft ausüben, hervorgerufen worden und dürfte mit Rücksicht darauf, daß der Zuzug fremder Arbeiter verhältnismäßig gering ist, im Laufe der nächsten Zeit immer fühlbarer werden. Als Folge dieses Mangels zeigt sich der Umstand, daß, trotz der mit dem 1. April eingetretenen Ermäßigungen einzelner Kohlenpreise, die Löhne der Vergarbeiter sich durchweg auf ihrer bisherigen Höhe halten.“

Das Kohlenmangel hat noch immer eine erhebliche Förderleistung angeordnet, noch immer kommen Feierschichten vor, wegen Abnahmangel heißt es. Und doch soll es an Arbeitern mangeln? Im Gegenteil, es herrscht im Ruhrgebiet ein Arbeiterüberfluß! Laufen doch geschulte Vergleute vergeblich von einer Zechen zur andern um Arbeit anfragen! Ist die Reservearmee noch nicht groß genug? Soll es mit Gewalt zu einer Katastrophe getrieben werden?

Schutz den Sicherheitsmännern. — Werksterror und Wahlbeeinflussung amtlich festgestellt.

Nach dem preussischen Vergesetz soll die Wahl der Sicherheitsmänner geheim sein. Durch Anwendung des vorwerflichen Terrors und aller zur möglichen Mittel und unlauterem Kunst suchen viele Zechen das Wahlergebnis zu beeinflussen. Die Zechen arbeiten vielfach in einer Weise, daß von einer geheimen Wahl keine Rede mehr sein kann. Unter den Ruhrgruben tut sich darin besonders Zechen Lothringen in den Zechen (bei Bochum) hervor.

Auf dieser Zechen fand am 18. Dezember 1910 eine Neuwahl für einen abgeordneten Sicherheitsmann statt. Wie in Zechen und auf Lothringen ohne Beeinflussung seitens der Zechen wenig gemacht wird, so sollte auch diese Wahl nicht stattfinden können, ohne daß die Zechenbeamten ihre Finger dazwischen haben müßten. Die Steiger gaben allerlei Stimmzettel aus. Ein Zettel war mit dem Namen des Zechenarbeiters beschriftet und einer war weiß. Andere, als die von den Steigern ausgegebenen Stimmzettel galten nicht. Forderten die Arbeiter von ihren Vorgesetzten einen Zettel, dann wurden sie gefragt, ob sie einen auf den Namen des Zechenarbeiters lautenden oder einen unbeschrifteten haben wollten. Verlangten die Arbeiter einen unbeschrifteten Zettel, dann mußten die Steiger, daß der betreffende Arbeiter den Zechenarbeitern nicht wählte. Trotzdem die Arbeiter mit dem Verlangen nach einem unbeschrifteten Zettel schon zu erkennen gaben, daß sie den Zechenarbeitern nicht wählen wollten, wurden sie doch weiter unzulässigerweise beeinflusst. Die Steiger fragten die Wähler, ob sie auch Briefe zum Schreiben hätten. Wurde das bejaht, dann schrieben die Zechenbeamten den Namen des Zechenfreundes auf den weißen Zettel. Diejenigen Arbeiter, die im Besitze von Meistertischen waren, wurden bei Niederschreibung der Namen von den Zechenbeamten beobachtet. Ein Arbeiter, den man beobachtete, wie er einen anderen als den Zechenarbeitern wählte, wurde am Tage der Wahl sofort entlassen. Einige Vergleute, die über die geschehene Wahlbeeinflussung untrüben und Protest erhoben, wurden kurzerhand von der Zechen verwiesen.

Auf erhobene Beschwerde hat das Oberbergamt die auf so hahnbüchene Art zustande gekommene Wahl für ungültig erklärt. Zu dem Bescheide des Kgl. Oberbergamts heißt es:

„Die am 18. Dezember 1910 erfolgte Wahl des Bergmanns Hugo Paas wird für ungültig erklärt aus folgenden Gründen: Nach § 80b Absatz 1 des Allgemeinen Vergesetzes muß die Wahl der Sicherheitsmänner geheim sein. Die über die Vorgänge bei der fraglichen Sicherheitsmännerwahl angestellten Ermittlungen haben jedoch ergeben, daß durch das Verhalten einiger mit der Ausgabe der Wahlzettel an die wahlberechtigten Arbeiter betrauten Beamten der Zechen Lothringen die vom Gesetz verlangte geheime Wahl und das Recht der Wahlberechtigten auf unabhängige und unbeeinflusste Betätigung ihres Wahlrechts in einzelnen Fällen in Frage gestellt worden ist.“

Wenn das Oberbergamt schon „einzelne“ zur Ungültigkeit führende Fälle feststellen konnte, dann weiß der Kundige was los gewesen ist. Hoffentlich merkt man sich auf der Zechen den Geringsinn. Ob die Sache jetzt aber das Maulen läßt, muß nach den Erfahrungen, die bisher in Zechen und auf Lothringen gemacht wurden, doch bezweifelt werden. Das beste Mittel gegen Werksterror ist zahlreiches und von keiner Angst beeinflusstes Auftreten der Verbandsmitglieder. Wenn die Zechen erkennen, daß auch für viele ihrer Arbeiter „Wange machen nicht gilt“, wird sie die unlauteren Manöver schon einstellen.

„Bergknappe“ und Berginspektorenberichte.

Der „Bergknappe“ beschäftigt sich in seinen letzten beiden Nummern mit den Berichten der Berginspektoren. Daß er hierbei auch die unrichtigen Ausführungen des Bergrevierbeamten von Dortmund II über den Streik auf Zechen Lukas wiederholt, braucht weiter nicht zu verwundern. Es wäre auch wirklich nicht zu verstehen gewesen, wenn der „Bergknappe“ dem Bergbauischen Verein im Weiterverbreiten dieser Unrichtigkeit nicht beigeprungen wäre. Was von diesen Angaben zu halten ist, ist ja in den letzten Tagen genügend bewiesen worden. Feststellen möchten wir nur, daß der „Bergknappe“ diese unrichtigen Darstellungen noch nach dem Unglück bringt. Jeder blamiert sich natürlich so gut wie er kann. Weiteres hierzu zu sagen, erübrigt sich.

Der Bericht des Bergrevierbeamten von Oberhausen gefällt dem „Bergknappen“ jedoch noch ganz besonders. Er zitiert aus diesem folgende Stelle:

„Weiterhin beteiligten sich die Arbeiterauschüsse als Vertreter der Belegschaft an der Verwaltung der Unterhaltungsarbeiten, wobei bereinigt das Bestreben der dem alten Vergarbeiterverbände angehörigen Mitglieder hervortrat, die Unterhaltungen nur den Verbandsmitgliedern bzw. deren Angehörigen zukommen zu lassen.“

Hierzu möchten wir bemerken, daß, wenn der Bergrevierbeamte für seine Behauptungen den Beweis erbringen sollte, es ihm wohl schlecht gehen könnte.

Diese Ausführungen des Bergrevierbeamten sind allerdings für den „Bergknappen“ Wasser auf die Mühle. Er bringt sie in Fettdruck und bemerkt dazu: „Es hätte im allgemeinen Interesse gelegen, wenn dieser Punkt in dem Bericht noch etwas eingehender behandelt worden wäre.“ Ganz unsere Meinung! Der Bergrevierbeamte hätte diesen Punkt noch eingehender behandeln und hierzu noch folgendes schreiben können:

„Vor der Strafkammer in Duisburg wurde festgestellt, daß das Ausführglied des Gewerkschafts, Hartmann, von Zechen Deutscher Kaiser, sich für das Stellen von Unterhaltungsarbeiten an die Zechenunterhaltungsstelle von Franz Feixenden und in Not geratenen Vergleuten hat bezahlen lassen. Daß Hartmann erst dann die Unterhaltungsarbeiten stellte, wenn die armen Kumpels ihm dafür bezahlt hatten. Daß Hartmann seine Tochter dreimal zu einem, schon länger als drei Monate krank feixenden und sich in höchster Not befindlichen Bergmann schickte, um Geld zu fordern, sonst würde er den gewünschten Unterhaltungsantrag nicht stellen. Daß schließlich die Frau dieses Mannes die letzten 50 Pf., die von dem erhobenen Krankengeld übrig geblieben, gab, damit der Unterhaltungsantrag gestellt wurde. Unter Tränen hatte die Frau gebeten, ihr doch die letzten 50 Pf. zu lassen, sie wäre doch mit ihrem kranken Mann und ihren drei Kindern völlig mittellos. Alles Bitten war umsonst, die Tochter des „christlichen“ Ausführgliedes nahm der armen Familie die letzten 50 Pf.“ Daß diejenigen, die nur kurze Zeit feixten, an das „christliche“ Ausführglied Hartmann aber 1 Mill. zahlten, mehr Unterstützung erhielten als diejenigen, welche weniger (50 Pf.) zahlten und viel länger feixten.“

Alles das hätte der Bergrevierbeamte schreiben können. Der Bergrevierbeamte hätte sich schließlich noch des „christlichen“ Ausführgliedes

mitgliedes Schmitz von Zeche Conforbia (Schacht II) erinnern können. Als nämlich bei der Verhandlung über die Lohnforderung der drei Verbände in der Ausübung genannter Zeche der Direktor erklärte, daß er diese Forderungen ablehne, da er sich das „Christliche“ Ausmaß nicht leisten könne, so wurde die Sache auf die „Christliche“ Ausübung zurückgeführt und nach viel mehr hätte der Bergverwalter schreiben können. Offenbar ist der „Christliche“ mit uns zufrieden. Wir haben nun keinen Wunsch, indem wir den Punkt noch eingehender behandelt haben, erfüllt. Sollte aber auch dieses nicht genügen, so sind wir -- höflich wie wir ja nun einmal sind -- gern bereit, den Punkt, falls es der „Christliche“ wünscht, noch eingehender zu behandeln.

Knappschäftsältestenwahlen.

Am 28. April fanden in 14 Sprengeln die Knappschäftsältestenwahlen statt, wobei der Verband neun Mandate und 2271 Stimmen, der Gewerksverein vier Mandate und 1408 Stimmen, die Polen ein Mandat und 305 Stimmen erhielten. In den einzelnen Sprengeln gestaltete sich das Verhältnis wie folgt. Es erhielten die Stimmen:

Sprengel	Ort	Verband	Gewerksverein	Polen	Stimmzahl	Stimmzahl	Stimmzahl
127	Essen-West	157	100	—	—	—	—
402	Erle	230	241	21	—	—	—
226	Wanne	82	20	214	73	—	—
410	Wabbede	246	240	—	—	—	—
44a	Wifeln	174	80	—	—	—	128
48a	Wradel	122	—	—	—	—	—
90a	Weringhausen	64	131	—	—	—	—
192a	Widderholz	124	—	—	—	—	49
135a	Schonnebeck	169	42	70	—	—	—
186a	Leithe	192	81	—	—	—	—
272a	Duisburg-Neiderich	202	47	—	—	—	—
333a	Dahlhausen	216	205	—	—	—	—
392a	Wülke bei Wuer	69	128	—	—	—	—
395a	Wuer	114	25	—	—	—	—
Summa:		2271	1408	305	73	172	

Die Sprengel lagen meist für den Verband sehr ungünstig, auch wurde von den „Christlichen“ mit den schärfsten Mitteln gekämpft. So wurde z. B. in Dahlhausen am Tage der Wahl im Wahllokal ein Plakat folgenden Inhalts ausgehängt:

„Knappschäftsältester! Die Kandidaten der christlich-nationalen Knappschäftsältester sind: Theodor Schaperdoh, Fr. Pohaur. Wähler, gebt nur diesen Kandidaten eure Stimmen. Es sind tüchtige, rüchrig-frische Männer, die voll und ganz eures Vertrauens würdig sind. Den Vertretern der religionsfeindlichen revolutionären Sozialdemokratie kann und darf kein christlich-nationaler Mann seine Stimme geben.“

Wie tief müssen doch die christlichen Drahtzieher ihren bedauerlichen Anhang einschärfen, daß sie mit solchen Wählern operieren! Angesichts all dieser ungünstigen Momente, ist das Resultat der Wahl für den Verband ein günstiges.

Flözbrand auf Zeche Lufas in Dortmund.

Vom 23. auf den 21. April wurden hier, nicht durch Schlagwetterexplosion, wie wir irrtümlich berichteten, sondern durch Brandgas, zwei Personen getötet und 16 schwer belüßt, so daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Dieses Unglück hätte vorausgesehen und darum verhütet werden können. Schon am 28. November 1910 trat die Belegschaft wegen der vielen vorhandenen Mängel in den Ausfall. Gefordert wurde neben Befreiung vieler anderer Mängel, eine Besserung der Wetterführung und Stilllegung derjenigen Arbeitspunkte, die mit Schlagwetter behaftet sind. Alles das wurde damals zugesagt, worauf die Belegschaft die Arbeit wieder aufnahm.

Unfänglich zeigte sich auch das Bestreben, mit dem alten Schlenkrian aufzuräumen, aber bald ging es wieder im alten Geleise. Im September vorigen Jahres hat die Dortmund „Arbeiter-Zeitung“ schon darauf aufmerksam gemacht, daß es im Flöz Aufschlag unbedingt vermeiden müsse. Aber alle Warnungen und Mahnungen, die seither von Bergleuten in der Presse erhoben wurden, blieben unbeachtet. Schon in der Woche vor dem Unglück war ein stärkeres Ausreten der Brandgas zu beobachten; doppelte Vorsicht wäre danach am Platze gewesen, sie wurde nicht geübt und dadurch das Unglück herbeigeführt. Neben den damaligen Streik hat die Zeche eine sogenannte Denkschrift herausgegeben, die aber nicht im Buchhandel erschien; das war sehr vorläufig. Der Streik wurde darin als ein leichtfertiger hingestellt; das selbe jagte der zuständige Bergverwalter in seinem Berginspektorenbericht. Wir protestieren im Namen der Bergarbeiter gegen diese völlig grundlose Unterstellung und ersuchen den Bergverwalter sowohl wie den Verfasser der Denkschrift öffentlich mitzuteilen, worauf sie ihre Angaben stützen. Wer die Ehre der Bergarbeiter in dieser Weise heruntersetzt, hat auch die Pflicht, für seine Angaben vollständige Beweise zu erbringen, wenn er noch weiter, als Ehrenmann gelten will. Wir erwarten Beweise. Wir erwarten aber auch weiter volle Aufklärung über die Ursachen des jetzigen Unglücks. Die auch uns zugesandte Zuschrift der Grubenverwaltung an die Presse, können wir als solche nicht gelten lassen. Mühte doch selbst ein hützerliches Blatt, der „Dortmunder Generalanzeiger“, zugeben, daß die unhaltbaren Zustände auf Lufas zu dem tief bedauerlichen Unglück geführt hätten. Das Blatt schrieb:

„Wir haben unter den auf Zeche Lufas beschäftigten Arbeitern Nachforschungen in dieser Hinsicht angestellt, deren Ergebnis keineswegs zugunsten der Zeche spricht. Unsere Gewährsmänner sind, wohlgemerkt, nicht etwa notorische Heißsporne und Heber, sondern ernste bedächtige Leute, die eher zwei Worte zu wenig als eins zu viel sagen.“

Die Insumme des Unmutes über die Verhältnisse auf der Grube machte sich schon einmal im November Luft durch den noch in frischer Erinnerung stehenden Streik auf Zeche Lufas. Wie damals im „Dortmunder Generalanzeiger“ berichtet wurde, kamen in den verschiedenen Belegschaftsversammlungen immer wieder neue Klagen der verschiedensten Art vor, deren Berechtigung allgemein bestritten wurde. So hieß es in einer Versammlung, die Mängel auf Zeche Lufas seien in gewisser Beziehung noch schlimmer als die auf Mabbod. Räumlich wurde die schlechte Verlüftung erwähnt, in einzelnen Streden liege der Staub fuhhoch. Auf keiner anderen Zeche sei es so schlimm wie hier. In der Grube befanden sich tiefe Höhlräume, in denen sich die gefährlichen Wetter angelammelt. Und in diese gefährlichen Gänge schickte man ungelernete Bergleute, die leicht das größte Unglück anrichten könnten.

In einer anderen Versammlung war man sehr erstaunt über die Meinung, daß Herr Bergat höchst in der Konferenz mit der Deputation der Belegschaft erklärt habe, auf Zeche Lufas seien die geübten Mängel nicht vorhanden. Gegen diese Auffassung wandten sich eine Anzahl Medner. Insbesondere erbot man sich von mehreren Seiten, mit Herrn Bergat höchst in die Grube zu fahren und ihm Höhlräume, Wetteransammlungen, Beweise für chemischen Sauerstoffmangel in Menge zu erbringen...

Auf diese Weise soll auch das letzte dem Grubenbrande vorangegangene Unglück entstanden sein, bei dem zwei Knappen in einem Ueberbau von herabfallendem Gestein zerschmettert wurden. Sie hatten, nachdem mehrere andere es abgelehnt hatten, in den offenen Tod hinzugehen, nach anfänglichem Widerstreben die Arbeit übernommen und kaum damit begonnen, als das Gebirge zusammenstürzte und die Unglücklichen begrub, die das Tageslicht nicht mehr wiedersehen sollten.

In derselben Stelle im Flöz Aufschlag, an der sich dieses Unglück ereignete, ist dann der neueste Flözbrand entstanden. Unsere Gewährsmänner glauben ihn darauf zurückzuführen zu müssen, daß infolge der ungelungenen Weibung beim Seiden des Gebirges ein Selbstzündender der Kohle eingetreten sei. Jedenfalls sei aber der Brand nicht erst am Sonnabend entstanden oder bemerkt worden, sondern es habe das Feuer schon tagelang gewütet...

Die Grubenleitung war auf das Gefährliche der Lage aufmerksam gemacht worden, aber es mußte erst zu dem großen Unglück kommen, das ein Todesopfer gefordert hat und eine Anzahl operntiger Knappen in solche Todesgefahr brachte, daß sie nur unter großen Anstrengungen dem Grabe entzogen werden konnten. Die Schuld an dem Mangel und an dem Unheil wird von den Bergleuten vor allem dem Betriebsinspektor beigemessen, der bei

seinem Bemühen um die Rettung des betäubten Bergmanns selbst den Tod fand. Man behauptet nun, gewiß, aber man findet einen Fingerzeig des Schicksals darin, daß der Knappe, der doch länger den giftigen Schwaden ausgeatmet hat, glücklich gerettet wurde, und der Betriebsinspektor trotz aller Bemühungen dem Brande zum Opfer fiel, — als Einziger. Man nennt ihn ein Opfer seines Systems.“

Was sagt zu dieser Darstellung der verantwortliche Bergverwalter und die Zecheverwaltung? Dieselben Zeisselungen wurden auch gemacht in einer Belegschaftsversammlung der Zeche Lufas, welche am 30. April in Dortmund tagte. Schwere Anklagen wurden dort erhoben gegen das System, dessen Opfer eines seiner Träger, der Betriebsinspektor Alveno-Linberg und ein Bergmann, unser Kamerad Wenzel, geworden sind. Auf die Verhältnisse auf Lufas und die Zustände der Zecheverwaltung, die in überraschend höflichem Tone gehalten ist, kommen wir in nächster Nummer eingehend zurück. In der Belegschaftsversammlung gelangte am Schluß folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige Belegschaftsversammlung der Zeche Lufas bekräftigt dem Referenten, daß die Ursachen, die zu den Unglücksfällen in den letzten Monaten auf Zeche Lufas geführt haben, so sind, wie sie vom Referenten geschildert wurden.“

Die Versammlung ersucht die Königl. Bergbehörde, unverzüglich fürsorge zu treffen, daß zunächst der Brandherd im Flöz Aufschlag in besserer Weise abgedämmt wird als bisher, denn die jetzige Abdämmung genügt keinesfalls zur Verhütung einer erneuten Katastrophe, die, wenn sie zum Ausbruch gelangen sollte und eine Entzündung der Schlagwetter in den vorhandenen Höhlräumen zur Folge hätte, von entsetzlich großer Wirkung sein würde. Des weiteren wird aber auch dringend ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die noch immer vorhandenen Mängel, als das sind Holzangel, mangelhafte Wetterführung und -kontrolle usw., endgültig beseitigt werden; denn diese Mängel tragen die Schuld an den Unglücksfällen.“

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Eine Abrechnung mit dem Terror auf den Fürstlich-Pleschischen Gruben

enthält ein 30seitiges Broschüchen, welches der Bergarbeiterverband gegenwärtig unter die Fürstlich Pleschischen Bergleute des Waldenburger Reviers sowie an die Geschäftswelt der Stadt Waldenburg und der umliegenden Orte gratis verteilt, indem er die auf den Fürstlich Pleschischen Gruben gehandhabten Verhältnisse in der Oeffentlichkeit bloßstellt. Das Broschüchen wird außerdem den Reichs- und Landtagsabgeordneten, Regierungsorganen sowie allen Beamten, Vergeuten, Rechtsanwältin, Geistlichen, Industriellen usw. Schlesiens zugehellt. Die unerschütterliche Wahrheit, mit der die Pleschischen Grubenbeamten das Broschüchen aufnehmen, bürgt dafür, daß der Bergarbeiterverband damit eine Waffe ergriffen hat, die den Pleschischen Grubenverwaltungen schwerer im Weizen liegt, als jede andere irdenliche Kampfmethode. Das Broschüchen stellt ausgesprochenemmaßen an eine Reihe besonders unruhig hervortretender Pleschischer Grubenbeamten ein Stück Erziehungsmittel dar, und diesen Zweck scheint es voll und ganz zu erfüllen. Der Bergarbeiterverband mußte schon zu einem ungewöhnlichen Mittel greifen, um einer Reihe Fürstlich Pleschischer Beamten zu zeigen, daß man nicht ungestraft die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter verweigern darf. Es ist in der Tat ein Akt der Notwehr, wenn der Bergarbeiterverband die Art und Weise, wie Fürstlich Pleschische Grubenbeamte mit ihren Arbeitern umspringen, der Oeffentlichkeit unterbreitet. Die Haare stehen einem zu Berge, wenn man das Broschüchen durchblättert, wo an recht anschaulichen Beispielen demonstriert wird, was sich im 20. Jahrhundert Arbeiter von Werkzeugen des Grubenkapitals gefassen lassen müssen. Es werden da einige Dubend subalterne und übergeordnete, namentlich aufgeführte Grubenbeamte in Semidarmeln vorgeführt, wie sie mit ihren Arbeitern verkehren. Die weit bekannte Ausernenhofsprache verläßt vor der Stärke der Sprache, die manden Grubenbeamten eigentümlich ist. Einige Kopfproben: Sie Laß, Sie, Amel, rote Schweinohr, Lumpen, Ingabunden, Häusliche, Kautenzer, rotes Mistblatt usw. Ein Beamter hat sich sogar zu der dufenden Neuerung verhalten: „Ich bin ordentlich stolz, wenn ich in das rote Mistblatt komme, dadurch kann ich nur in der Quast meine Vorgesetzten zeigen, die Quast der Arbeiter kann mir ja doch nichts nützen.“ „Wenn ich an den finken Ort gehe und das rote Mistblatt („Bergarb.-Ztg.“) meinem A... teige, so macht dieser einen breiten Nix und eine lange Nase.“ Derselbe Beamte sagt zu den Arbeitern, die er eine Stunde in seinem Bureau warten läßt: „Entschuldigen Sie, ich muß erst einmal sch... gehen.“ Ein anderer Beamter liebt die gemüthliche Bemerkung: „Wenn es nach mir ginge, kriegte jeder von den Maten eins auf die Nase, daß sie breit würde.“ Ein höherer Beamter, dem ein Arbeiter sagte, daß er die Beirträge für den reichstreuere Streikbrecherverein nicht aufbringen könne, weil er Momente für ein uneheliches Kind zahlen müsse, gab der Herr die streng listliche Antwort: „Dann f...t doch nicht, wenn Ihr es nicht versteht!“

Dubende von Beamten werden benannt, welche die Arbeiter durch Androhung der Kündigung zwingen wollen, aus dem Bergarbeiterverband auszutreten, und sich bei den „Reichstreuern“ oder im Kriegerkapital in 25 Spalten über den schrecklichen „sozialdemokratischen Terrorismus“. Im Broschüchen finden wir Fälle, wo den Arbeitern Prügeln angedroht werden. Die Androhung der Kündigung für den Fall, daß die Arbeiter nicht reichstreu werden, wird geradezu systematisch betrieben. Der Bergarbeiterverband weiß natürlich, daß er zu seinen Behauptungen stehen und die sämtlichen in der Broschüre angeführten Fälle bis aufs Äpfelchen über dem i beweisen muß. Und sie werden bewiesen! Nach viel mehr Material schlummert in der Mappe des Bergarbeiterverbandes. Der natürlich nichts schmutziger erwünscht, als daß die Oeffentlichkeit genannter Beamten mit jenen den Grubenverwaltungen ihm vor Gericht Gelegenheit geben werden, seine Behauptungen unter Beweis zu stellen. Und es dürfte einen wunderbaren Montreprozeß geben, der sich neben dem großen saarabischen Reinwaschungsprozeß des ehemaligen Grubengewaltigen Hilger und neben dem A d b o d p r o g e h wird sehen lassen können.

Verursacht wurde die Herausgabe des Broschüchens, dem eventuell ein zweites folgen wird, durch das herausfordernde Verhalten der Pleschischen Grubenverwaltungen, die seit Monaten in systematischer Weise viele Dubende von Arbeitern maßregeln, weil sie sich die Freiheit nahmen, ihrer Berufsorganisation anzugehören.

Insbesondere wendet sich das Schriftchen an die Geschäftswelt des Kreises Waldenburg, um sie auf die bevorstehenden großen wirtschaftlichen Kämpfe und deren Triebkräfte aufmerksam zu machen, da ja gerade die Geschäftswelt in allererster Linie die Folgen eines großen wirtschaftlichen Ringens zwischen Kapital und Arbeit fühlen mußte. Es ist zu interessant, was das Schriftchen der Geschäftswelt zu Gemüte führt und deshalb wollen wir die betreffende Stelle wörtlich zitieren:

„Der Bergarbeiterverband hat seit zehn Jahren alles versucht, um die massenhafte Abwanderung niederschlesischer Bergleute nach Rheinland und Westfalen einzudämmen. Wenn man uns zwingt, können wir der Abwanderungsbewegung auch einmal freien Lauf lassen, ja wir können sie auch unter gegebenen Umständen einmal absichtlich fördern. Das Nachsehen davon haben nicht wir, sondern die niederschlesischen Grubenverwaltungen, die ja heute schon fortwährend in den Jahresberichten des Bergbauischen Vereins über den durch Abwanderung hervorgerufenen Arbeitermangel klagen und in den zurückliegenden Krisenjahren Tausende von ungelerneten Arbeitern eingestellt haben, um nur die Lücken voll zu machen, die durch die Abwanderung der vorausgegangenen Jahre entstanden waren. Neben den Grubenverwaltungen wäre in erster Linie die Geschäftswelt der Leibragende. Die Stadt Gottesberg kann ein Beispiel davon sinnen, was eine Massenabwanderung zu bedeuten hat. Dort fanden in den letzten Jahren infolge der durch den Streik von 1906 eingetretenen Massenabwanderung Hunderte von Wohnungen leer. Die Mietpreise gingen infolgedessen rapide herab, die Verzinsung und somit auch der Kapitalwert der Häuser und Grundstücke ging gewaltig zurück, und die Geschäftswelt hatte einen Ausfall an Umsatz von vielen hunderttausend Mark. Dasselbe Las kann der Stadt Waldenburg eintreten, wenn die Fürstlich Pleschischen Grubenverwaltungen ihren Terrorismus weiter so fortzetzen, wie in den letzten Monaten. Im Interesse der Arbeiter selbst wären wir dann gezwungen, insbesondere die jungen und unberheiratheten Bergleute zur Abwanderung aufzufordern. Es gibt eine Grenze, über die hinaus auch der geduldigste Arbeiter nicht Schindluder mit sich treiben läßt, und die Grenze ist erreicht. Wenn die Pleschischen Grubenverwaltungen glauben, daß die Bergarbeiterbewegung jetzt keine Machtmittel habe, weil die Gelegenheit zu einem Streik zu ungünstig ist, so soll sie sich täuschen. Dem Bergarbeiterverband steht gar nichts im Wege, über die Fürstlich Pleschischen Betriebe die Sperre

zu verhängen, und Hand in Hand damit die Abwanderung junger Arbeitskräfte zu propagieren. Der Geschäftswelt der Stadt Waldenburg müßten es so dann überlassen, sich mit dem Fürsten von Pich und seinen Angehörigen auseinanderzusetzen.“

Auf den fürstlichen Gruben scheint sich ein Gewitter zusammenziehen zu wollen, dessen Woge zwar der Arbeiterschaft nicht sonderlich gefährlich werden, ihren Urheber aber leicht zum Verderben reichen können. Die gesamte Oeffentlichkeit hat daher ein großes Interesse daran, die Weiterentwicklung, die sich da bilden, zu beobachten.

Der Bergarbeiterverband richtet erneut an die Arbeiterschaft die Bitte, die sämtlichen Pleschischen Gruben als gesperrt zu betrachten und keine Arbeit auf denselben zu nehmen. Die jüngere Arbeiterschaft auf den Pleschischen Gruben wird gut tun, die ungünstige Stille der fürstlichen Gruben nach vorausgegangener Kündigung zu verlassen und den Direktiven der Verbandsleitung Folge zu leisten.

Saargebiet und Reichslande.

Kolonieausseher Zschmann (Kunze)

scheint kein Freund unseres Verbandes zu sein, was wir ihm jedoch nicht verargen. Wir möchten ihn aber erziehen, unsere Verbandsmitglieder ungeschoren zu lassen und sich nicht um ihre persönlichen Verhältnisse zu kümmern, sondern da lieber vor der eigenen Tür zu stehen. So fand es dieser Herr für angemessen, einen ausbleibenden Wahlsittel des Bergarbeiterverbandes zu zerstückern, auch erlaubte er sich, wer im Hause organisiert ist. Das sind doch Dinge, die nicht zu den Aufgaben eines Kolonieaussehers gehören und hoffen wir, daß in dieser Beziehung bald Wandel eintritt. Es wäre uns durchaus nicht unangenehm, wenn wir uns weiter mit der Person des Herrn Zschmann beschäftigen müßten.

Süddeutschland.

Prote% der Bergarbeiter gegen die Stilllegung der Stadheimer Grube.

Der bayerische Staat hat im Jahre 1908 das Steinkohlenbergwerk Stadheim von der Familie v. Swaine erworben, nachdem in wiederholten Verhandlungen der Generaldirektion die großen Vorteile des Kaufs für den Staat hervorgehoben worden waren. Vor dem Ankauf holte der Staat mehrere Sachverständigenurtheile ein. Darüber entnehmen wir einem vom Finanzministerium der Presse übermittelten Bericht folgendes:

„Nach dem Erhebungsmaterialie betrug die als sicher vorhandene angemessene Mindestmenge des in der Grube aufgeschlossenen und zum Abbau anstehenden Kohlenvermögens über 1 1/2 Millionen T., ein Kohlenvermögen, dessen Abbau unter normalen Verhältnissen einen Zeitraum von etwa 12 Jahren beansprucht und die Erzielung eines zu Verzinsung und Amortisierung der für Werkverbesserungen aufzuwendenden Kapitalien annähernd hinreichenden Vertriebsergebnisses ermöglicht hätte. Die geologischen Gutachten, wie das Ergebnis zweier früherer Bohrungen weisen aber mit größter Bestimmtheit auf das Vorhandensein weiterer kohlenführender Schichten mit entsprechender Abzählbarkeit in dem noch unerschlossenen Teile des Stadheimer Gebiets hin und liegen die Erschließung eines weit größeren, sich auf mindestens 5 Millionen Tonnen beschränkten Kohlenvermögens erwarten, das bei rationeller Ausbarmachung dem Staate eine ergiebige Rente eintragen könnte.“

Nicht, nachdem der Staat das Bergwerk angekauft, stimmt die vorher aufgestellte Rechnung nicht. In dem angeführten Bericht des Finanzministeriums heißt es darüber u. a.:

„Über alles Erwarten haben nun die nach Erlaß des Finanzgesetzes eingeleiteten Bohrungen, die im Stadheimer Gebiete nach und nach an vier von geologischen Sachverständigen vorgeschlagenen Bohrpunkten angelegt und bis zur erforderlichen Tiefe durchgeführt wurden, in bezug auf die angemessene Fortsetzung des Stadheimer Kohlenlagers ein vollständig negatives Resultat ergeben. Abgesehen hiervon aber wurde auch bei den in der Grube selbst vorgenommenen bergmännischen Arbeiten die Wahrscheinlichkeit gemacht, daß das Stadheimer Kohlenlager hinsichtlich seiner Mächtigkeit und sonstigen Verhältnisse die in den früheren Gutachten dargelegten Eigenschaften nicht besitzt, indem es in den tieferen Partien infolge starker Durchsetzung mit lauben Weiteinsmassen sich erheblich verschlechtert und allmählich ganz verschwindet.“

Uns mutet die ganze Geschichte recht seltsam an. Was die Sachverständigen jetzt festgestellt haben, nämlich, daß das Bergwerk nicht mehr abbaumwürdig ist, hätte unseres Erachtens auch schon vor zwei Jahren festgestellt werden können. Die Bergarbeiter seien indes die Meinung der Sachverständigen nicht und fordern, daß der Betrieb weiter geführt werden soll.

In einer am Dienstag in St o d h e i m unter freiem Himmel abgehaltenen Bergarbeiterversammlung wurde nach den Ausführungen des christlichen Gewerkschaftssekretärs H i n t e r s e e r, des freien Arbeiterssekretärs S e e l m a n n und des Weininger Landtagsabgeordneten K n a u e r folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute von 1200 Personen unter freiem Himmel abgehaltene öffentliche Protestversammlung in Stodheim erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner vollkommen einverstanden und verlangt mit aller Entschiedenheit vom bayerischen Staat, daß er alles daran setze, daß die Grube Stodheim weiter betrieben wird, da sämtliche Anwesenden der sicheren Ueberzeugung sind, daß Kohlenvorräte auf mindestens 15 Jahre vorhanden sind, wenn die Förderung normal betrieben wird, und auch eine Rentabilität erzielt werden kann, wenn sachkundige Maßnahmen getroffen werden. Die Versammlung verlangt, daß die von ihr gewählte Kommission (fünf Mann) unter Führung des früheren Inspektors Richter mit Beiziehung von Vertretern des Staatsministeriums der Finanzen und von Vertretern sämtlicher Fraktionen des bayerischen Landtages die Grube befristet und die Verhältnisse befristet. Die Versammlung ist der Anschauung, daß die Angaben der Generaldirektion nicht den Tatsachen entsprechen, und findet es daher nicht begrifflich, wie von der Staatsregierung Maßnahmen getroffen werden können, die Hunderte von Bergleuten mit ihren Familien schwer schädigen und zum Bankrott ganzer Gemeinden führen.“

Dieser Protest der Arbeiter wird an den Tatsachen nichts ändern. Das Bergwerk wird stillgelegt und die Arbeiter mögen sehen, wo sie eine neue Arbeitsstelle finden. Ein Teil derselben hat Arbeit auf Zeche A d b o gefunden. Heftige Bergleute betrachten die von auswärtig Zugewanderten häufig als Lohndrücker. Das trifft in diesem Fall nicht zu. Wir hoffen aber, daß diese Kameraden aus dem ihnen widerfahrenen Geschick gelernt haben und sich, soweit das noch nicht geschehen, der Organisation anschließen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarifbewegung im Braunkohlenbergbau.

Am 24. April haben im Zeiß-Weißensefelder Revier vorläufig circa 3000 Arbeiter ihre Kündigung eingereicht. Eine ebenso große Zahl dürfte am 29. April im Altenburger Revier, wo nur achtstägige Kündigung befristet, gekündigt haben. Wenn am 6. Mai die Kündigung abgelaufen ist und der Streik beginnt, dann werden die Grubenbetriebe des Zeiß-Weißensefelder-Altendburger Reviers völlig still stehen. Außerdem stehen aber auch noch in der Oberlausitz 400 Arbeiter im Streik. Ferner haben die Braunkohlenarbeiter im Leipziger Revier, Magdeburger Revier und Braunschweiger Revier ebenfalls Tarifverträge eingereicht. Teilweise sind die angebotenen Verhandlungen noch nicht erledigt. Wenn die Werksbesitzer nicht einwilligen und sich zu Verhandlungen bereit erklären, kann mit einer weiteren Ausdehnung der Bewegung gerechnet werden. Durch einen solchen Kampf würde das Wirtschaftsleben sehr erschüttert. Den ansässigen alten Arbeitern verweigert man eine geringe Lohnzulage, während für die Anwerbung berufsbewerber Arbeiter das Geld mit beiden Händen herausgegeben wird. Wir werden hier das selbe Schauspiel erleben wie in der Oberlausitz. Agenten und Werksbeamte werden in der Welt herumreisen, um Arbeiter anzuwerben. Große Versprechungen werden gemacht, und wenn die irreführenden Arbeiter ins Revier kommen, dann kommt die Ernüchterung. Die Agenten verschwinden. Kein Wort deutet darauf, die den fremden Arbeitern gemacht en Versprechungen zu erfüllen. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß jeder Bezug nach den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren streng fernzuhalten ist. Kein christlicher Arbeiter darf zum Verräter an seinen im Lohnkampf stehenden Klassenossen werden. Vor allen Dingen möge die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ihr Augenmerk auf die berufsmäßigen Vermittlungsbureaus und Agenten richten. Etwaige Nachrichten und Anfragen sind an den Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, H e r m. W e i s e r t in Zeiß, Nordstraße 2, zu richten.

Der Streik in der Oberlausitz

hat bisher einen Verlauf genommen, wie ihn sich die Arbeiter nur wünschen können. Von den Streikenden ist noch keiner zum Streikbrecher geworden...

Die Meichenauger Gruben sind am übelsten daran, sie haben dem Unternehmerverbande bereits viel zu danken. Die Werte von R. Schöke & Krusche...

Grube Stadt Görlitz (Kohlgrube) war am 20. April Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit, sie war nämlich von Gendarmen besetzt...

Zum Streik im Ruhrgebiet. Auf den Zechen Glückauf, Segen und Vergmann in Weisfalen dauert der Streik unverändert fort.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. 19. Generalversammlung

- Sonntag, 21. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Schützenhofs zu Bochum. Eröffnung und Konstituierung. Montag, 22. Mai, vormittags 9 Uhr, im Saale des Viktoriahotels zu Bochum.

Briefkasten. 409 770, Gamburg. Die Auskunft ist zutreffend, Du mußt bezapfen...

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 7. Mai 1911: Nachen, Gemmenich und Alzenberg. Nachmittags 5 Uhr (D. 3.) im Lokale des Herrn Stommen in Alzenberg...

Schacht Merkenbach, enthält grobe Schmähungen und Beschuldigungen und kann darum nicht gebracht werden.

Verbandsnachrichten.

Die Vertrauensleute werden ersucht, das dem dieswöchentlichen Zeitungsheft beigelegte Plakat in den Zahlstellenlokale auszuhängen.

Alle Bestellungen und Zuschriften für die Firma H. Hansmann & Co in Bochum adressiere man an diese selbst und nicht an die Privatadresse Gustav Schreyer...

Betrifft Generalversammlung.

Für den Wahlbezirk 7, umfassend die Zahlstellen Dörne, Drevel, Altdörne und Lünen-Eld ist am Sonntag, den 7. Mai, nachmittags von 4 bis 7 Uhr die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung...

Für verloren gegangene Mitgliedsbücher werden nur dann Duplikatbücher ausgestellt, wenn der Betrag von 20 Pf. sofort in Briefmarken mit eingekandt wird.

Brandenburger Revier. Den Kameraden zur Kenntnis, daß der Kamerad Götte ab 2. Mai den Bezirk übernommen hat.

Rechtsschutz betreffend.

Deister-Bezirk. Gemäß des Konferenzbeschlusses in Hannover finden an folgenden Tagen im Jahre 1911 im Deister-Bezirk Sprechtage für Rechtsschutz statt.

Adressenveränderungen.

Brambauer. Der Vertrauensmann wohnt jetzt Lüneburgerstraße 21, Carnap. Der Vertrauensmann wohnt jetzt Königstraße 234, Frankenhausen.

Bibliotheken.

Höbingshausen. Die Bibliothek befindet sich jetzt beim Kameraden August Ribanowski, Provinzialstraße 70.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen...

Krankunterstützungs-Auszahlung.

Ohne Verzögerung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines darf keine Unterstützung ausgezahlt werden.

Kranzpendenmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendenmarken à 10 Pf. gefeselt: Hausham. Im Monat Mai für 1911.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Hollungen. Jeden Montag nach dem 1. des Monats, nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Sade.

Belegchafts-Versammlungen

Sonntag, den 7. Mai 1911: Beide Minier Schenke, Schacht I und II. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Giermann in Brambauer.

Kameraden, erneuert das Abonnement auf die illustrierte Zeitschrift 'In freien Stunden'...

Volmstedten. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats. Burgbach. Jeden ersten Sonnabend im Monat, im Lokale des Herrn Gmi Deutner, Kellergeld.

Jeden Sonntag nach dem 1. des Monats:

Einbeck. Nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftslokale. Gohra. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Hoffmann.

Jeden Sonntag nach dem 5. des Monats:

Geistlich. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Frau Fischer. Hohn. Nachmittags 3 Uhr, im 'Anhalter Hof'.

Jeden ersten Sonntag im Monat:

Witten i. W. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Sandbäcker, Südstraße. Wülfelgen (Wetzl.). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Michael, 'Zur Hoffnung'.

Sonntag, den 7. Mai 1911:

Glöben. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn August Wagner. Hies. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst in Gromau.

Sonntag, den 7. Mai 1911:

St. Egidien. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn August Wagner. St. Egidien. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn August Wagner.

Zahlstellen-Seste.

Hamm u. Ung. Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Jul. Zimmermann, Poststraße 20.

Ein Sortiment Lieder passend zu Massengejängen bei Zahlstellenversammlungen, nach bekannten Melodien. 100 Stück 50 Pf. durch die Vertrauensleute zu beziehen. H. Hansmann & Co., Bochum.